Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 586. Mittag-Ausgabe. Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Sonnabend, den 14. December 1878.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. December.

10 Uhr. Am Ministertische: Graf zu Eulenburg mit mehreren Commissarien.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern (Titel 1 der Ausgaben, Besoldung des Ministers) fort.

Abg. Richter (Hagen): Es ist gut, daß Herr Rickert gestern angefangen hat, über die Wahlbeeinflussungen der Landräthe zu sprechen. Herr Windthorst-Meppen hatte Unrecht, zu meinen, wir hätten diese Dinge nicht ebenso scharf beurtheilt, als sie sich noch vorzugsweise gegen die Centrumspartei kehrten. Das Gegentheil ist wahr. Die neuere Einrichtung der Wahlprüfungscommissionen zeigt, daß alle Parteien in den letzten Jahren angefangen haben, Beeinflussungen der Freiheit einer Partei, als die gemeinsame Freiheit bedrohend zurückzuweisen. Ich bedaure, daß der Herr Minister des Innern erst jetzt und nicht schon vor den Wahlen die amtliche Publication des „Provinzial-Correspondenz"-Artikels desavouirt hat. Der Strich, welcher Amtliches und Außeramtliches in den Kreisblättern trennt, ist mitunter gar nicht zu erkennen. Die Inanspruchnahme der Landräthe für officiöse Publicationen ist überhaupt verwerflich. Die Landräthe sind nicht dazu berufen, wechselnde Ansichten wechselnder Minister in der Presse zu vertreten. Haben doch oft die Landräthe einen von den zeitigen Ministern abweichenden politischen Standpunkt. Jede directe Wahlbeeinflung eines Ministers ist milder zu beurtheilen, als die Wahlbeeinflussungen der unteren Organe. Letztere haben die Autorität des Gesetzes dem Publikum gegenüber unmittelbar zur Geltung zu bringen. Das Hineinziehen der Landräthe in den politischen Parteikampf verführt sie, denselben auf ihre ganze amtliche Thätigkeit zu übertragen, erweckt Mißtrauen gegen sie im Publikum und schädigt ihre Autorität, zumal wenn sie nachher bei der Wahl mit ihren Bestrebungen unterliegen. Ich bin wenig befriedigt, wenn der Landrath, anstatt selbst, wie im Soldiner Fall, die Redaction des Kreisblattes zu vertreten, irgend einen Drucker als verantwortlich für seine die Autorität der Gesetze untergrabenden Artikel anführt. Während die Landräthe selbst Publicistik getrieben haben im Interesse der conservativen Partei, unterdrückten sie, theils als Curatoren der Kreisblätter, theils als Polizeiorgane die Preßfreiheit der Liberalen.

(Redner führt aus dem Wehlauer Kreis, dem Untertaunus-Kreis und dem Schwetzer Kreis Beispiele an, wie die Landräthe einerseits den Kreisblättern untersagt haben, selbst im Inseratentheil liberale Wahlaufrufe oder Ankündigungen liberaler Wählerversammlungen zu veröffentlichen, andererseits darauf ausgingen, liberale Flugblätter an der Verbreitung zu hindern, sowie liberale Plakate abreißen zu lassen.) In Schwetz war der nationalliberale Abgeordnete Lipke Candidat der vom Landrath so betitelten „Umsturzpartei." (Heiterkeit.) Die Aufforderung des Ministers, den „Provinzial-Correspondenz"-Artikel „Ueber die Absichten und Wünsche der Regierung" zu verbreiten, hat die Strebsamkeit der Landräthe wachgerufen, diese Absichten auch sonst mit allen Mitteln zu verwirklichen. Dabei sind die Nationalliberalen mindestens so schlecht behandelt worden wie die Fortschrittspartei. (Heiterkeit.) (Redner verliest die Publikationen von Regierungs-Candidaten seitens der Landräthe v. Tunk in Kottbus und v. Lessing in Sorau.) Ich bedaure, daß der Minister des Innern diese Form, Regierungs-Candidaten zu publiciren, erst jetzt und nicht schon vor den Wahlen desavouirt hat. Aber auch in anderer nicht minder verwerflicher Form sind Regierungs-Candidaturen gemacht worden. (Redner verliest aus dem Wahlprotest von Lyck die Schilderung, wie der Regierungs-Präsident v. Schmeling mit seinen Räthen die Wahlkreise bereist und unter Benutzung amtlicher Autorität die Candidaten hat aufstellen lassen.) In sehr zudringlicher Weise haben die Beamten sich gegenseitig als Candidaten empfohlen. (Redner weist auf die Empfehlung des Landraths v. Oertzen in Jüterbogk durch den Kreissecretär, auf die Empfehlung des Ober-Präsidenten v. Puttkamer durch den Landrath von Löwenberg hin; er schildert nun die Art, wie die Landräthe die Candidaten empfehlen und Unterschriften für die Wahlaufrufe sammeln, verliest das Circular des Landraths v. d. Marwitz an mehrere Schulzen und Schänker, worin Alle, welche nicht das Gegentheil bekunden, unter den Wahlaufruf gesetzt werden, und auf diese Weise sogar Verstorbene unter den Wahlaufruf gekommen sind; er schildert das Anpreisen des Regierungs-Candidaten durch den Landrath v. Schwerin in einer Wählerversammlung, das Auftreten des Landraths Prinz Reuß gegen die Candidatur v. Bunsen, wobei sich diese Landräthe immer als Dolmetscher der Absichten der Staatsregierung hinstellten.

Redner kommt sodann auf die von den Landräthen in Ostpreußen unterzeichneten Wahlaufrufe zu sprechen, die Art, wie in diesen die Person des Kaisers und Kronprinzen in den Wahlkampf gezogen, die Gegenpartei als Gegner des Kaisers hingestellt wird, und die Wahl des Herrn Staudy, Saro, Schmalz als dem Willen des Kaisers entsprechend geschildert wird.) Freilich hat die „Prov.-Corr." diesen Ton, den wir schon aus den fünfziger Jahren von Herrn Hahn kennen, angeschlagen, indem sie aufforderte, sich um das kaiserliche Banner bei den Wahlen zu sammeln. Heißt es nun nicht gerade das monarchische Princip gefährden, wenn man in dieser Weise die Person des Kaisers in den Wahlkampf zieht, gewissermaßen einem Plebiscit unterwirft, zumal wenn schließlich diese angeblich allein dem kaiserlichen Banner folgenden Abgeordneten im Reichstag nur eine Minorität darstellen. (Redner schildert alsdann unter lebhaften Zurufen und Heiterkeit, die Art, wie die Landräthe v. Massow und v. Marwitz in persönlichem Verkehr mit Gemeindevorstehern dieses Thema noch weiter verfolgt haben, und wie mit Hilfe der Gendarmerie zuletzt in den unteren Volkskreisen von Masuren und Litthauen die Meinung verbreitet worden ist, als ob die Fortschrittspartei die Attentate veranlaßt habe und bei der Wiederwahl dieselben erneuern wolle. Um in Kreisen, in denen die Wahl eines Conservativen zweifelhaft erschien, Wahlaufrufe und Stimmzettel unter die Massen zu bringen, bedienten die Landräthe sich ihrer Bureaus als Wahlbureaus und erließen von dort aus Circulare. Ein solches vom Landraths-Amt des Sensburger Kreises (Redner verliest dieses Circular) ist noch sehr verschämt (Heiterkeit), denn man erkennt nur in der Adresse die Hand des Kreisausschusses. Mit einem anderen Circular des Landraths im Nimptscher Kreise, v. Goldfuß (Redner verliest auch dieses) werden die Stimmzettel wie Volkszählungscirculare vertheilt, und der darauf verzeichnete Candidat, als wäre er selbstverständlicherweise der geeignete, nicht einmal im Circular genannt.

In sämmtlichen Wahlkreisen Ostpreußens wurde die Gensdarmerie systematisch zur Vertheilung von Stimmzetteln und Flugblättern benutzt. Ein Gendarm aus dem Ortelsburger Kreise soll nach einem, der dem Reichstage vorliegenden Wahlproteste geäußert haben, er wünsche, der Wahltag wäre erst vorbei, denn sein Gaul halte es nicht mehr aus (Heiterkeit). Zum Schluß noch eine Skizze der Beeinträchtigungen des Vereins- und Versammlungsrechts! Der Fall von Niederbarnim ist charakteristisch. Der Bürgermeister von Alt-Landsberg ließ vor der letzten Reichstagswahl durch den Gemeindediener unter Ausklingeln die Wähler warnen, den jüdischen Dr. Mendel zu wählen. Sodann verweigerte er die Anmeldung einer Wahlversammlung in einem Gebäude von 600 Quadrat-Fuß zu bescheinigen, „weil bei der völlig isolirten Lage desselben unmittelbar an der stark frequentirten Chaussee Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliege." (Heiterkeit.) Wie es scheint, in Folge einer Beschwerde des Herrn Riese vom Minister telegraphisch angewiesen, befahl der Landrath Scharnweber jedoch, die Bescheinigung zu ertheilen. Als aber die Versammlung stattfinden sollte, überbrachte der Amtssecretär ein Schreiben des Amtsvorstehers, in welchem er erklärt, neben dem Abgeordneten der Regierung nicht mehr als sechs Personen zu der Versammlung zuzulassen und eventuell letztere durch Waffengewalt aufzulösen. (Hört!) Zugleich wehrten neun Aufsichtsbeamte, darunter ein mit einer Flinte bewaffneter Gendarm, den die Zahl sechs überschreitenden Wählern den Zutritt. Der Landrath Scharnweber aber, der hier nicht nur die Wähler, sondern auch den Minister zum Besten gehalten zu haben scheint, hielt damals in Berlin eine nicht angemeldete Wählerversammlung ab, und wurde deshalb mit 15 Mk. Geldbuße bestraft. Die Gerichte zogen nun alle Diejenigen, welche die Behörden wegen Ueberschreitung ihrer Amtsgewalt angriffen, zur Verfolgung, und in diesen Fällen ist vielfach die Wahrheit der erhobenen Beschuldigungen actenmäßig constatirt und Freisprechung erfolgt. Andererselts aber wurde jedes durch solche Rechtsverletzungen provocirte beleidigende Wort bestraft; so z. B. auch bei Herrn Riese, der den erwähnten Gendarm fragte, ob seine Flinte auch von hinten losginge. (Heiterkeit.)

Dagegen stellte der College Donalies eines Strafantrag gegen die „Preußisch-Litthauische Zeitung" welche ihn als Candidaten des Demagogenthums bezeichnete, wurde aber von der Staatsanwaltschaft abschläglich beschieden, da jener Ausdruck ihn selbst noch nicht als Demagogen kennzeichne. Darum mögen die Herren Conservativen sich aus den Werken ihrer Autorität, des Herrn Gneist, überzeugen, daß nach unsern Einrichtungen von Staatsanwaltschaft in gerichtlicher Verfolgung im Wahlkampfe die Gesetze nur für die der Regierung genehme Partei vorhanden sind, nicht aber für die Gegner. Alle diese Dinge, welche ich Ihnen nach actenmäßigen Feststellungen vorgetragen, zeigen eine solche Gleichartigkeit, daß der Herr Minister erklären muß, wie er grundsätzlich zu solchen Fragen steht; sie erinnern an die Zeit des Ministers v. Westphal, der 1852 in einem Rescript die Landräthe aufforderte, die conservative Fahne hoch zu halten und mit Wort und Beispiel auf Erreichung conservativer Wahlen hinzuwirken. Ich glaube zwar nicht, daß jetzt ein solches Rescript erlassen ist, aber die Wirkung, das ganze Verhalten der Staatsregierung, die Leitartikel der „Prov.-Correspondenz", mindestens auch Conferenzen mit höheren Beamten, und das Nichteinschreiten des Ministers gegen solche Ausschreitungen haben das wahrscheinlich zu Wege gebracht. Die Fälle sind ja meist notorisch, müssen also auch dem Minister des Innern bekannt sein. Warum haben wir diese Sache jetzt zum Vortrag gebracht? Die Frage der Giltigkeit der Wahlen gehört vor den Reichstag. Soweit die Frage aber unsern Beamtenstand und die Erhaltung des Ansehens betrifft, haben wir darüber beim Etat zu verhandeln.

Würde der Herr Minister seine grundsätzliche Auffassung dieser Dinge klar darlegen, so würden wir im Reichstage genau wissen, wo nur Ausschreitungen einzelner Beamten vorliegen und den Angriffen gegen die Minister selbst wäre die Spitze abgebrochen. Man soll auch im übrigen Deutschland aus diesen Verhandlungen entnehmen, daß wir in Preußen derartige Vorkommnisse nicht als selbstverständlich ansehen. Wenn solche Dinge im Reichstag vorkommen, schämt man sich als Preuße namentlich vor den Baiern, daß so etwas bei uns vorkommen kann. (Sehr richtig!) Diese Dinge sind nicht nur für die Wahlfreiheit, sondern auch für das ganze wichtige Institut der Landräthe von Bedeutung. Dasselbe wird vollkommen untergraben durch diese schlimmen Dinge. Schon der Abgeordnete von Vincke hat bei Berathung des Disciplinargesetzes von 1852 mit scharfen Worten gekennzeichnet, wie unsere Landräthe im Laufe der Zeit „ministerielle Creaturen" geworden, und die Aera Westphal-Manteuffel hat diese Worte gerechtfertigt, indem die Landräthe als politische Agenten für das zeitige Ministerium benutzt wurden. Ich glaubte, wie das ja auch in der ersten Zeit der Fall war, daß mit dem Erlaß der neuen Kreisordnung diese Aera vorbei sei, weil damit der Landrath ein viel zu vornehmer Mann geworden ist, als daß er als Wahlagent benutzt werden dürfte. Mit dem Charakter einer Selbstverwaltung verträgt sich eine solche Handlungsweise durchaus nicht, weil in derselben der Landrath mit einflußreichen Männern anderer politischen Richtungen in demselben Collegium zusammen arbeiten muß. Das erfordert gegenseitige Achtung der Parteien vor einander. Der Landrath kann doch nicht in Gemeinschaft mit Leuten, die er als Feinde des Königs hinstellt, Erkenntnisse u. s. w. erlassen im Namen des Königs. Die Kreisordnung setzt auch voraus, daß die besoldeten Beamten nicht zum Kampfe organisirt werden gegen die politische Richtung der unabhängigen. Dies ist aber namentlich in Ostpreußen geschehen, wo die fortschrittlichen Gutsbesitzer opferwillig zur Ausführung der Selbstverwaltungsgesetze mitgewirkt haben.

Das mußte notwendig zu solchen drastischen Scenen wie in Insterburg führen, wo der fortschrittliche Kreistag den Landrath interpellirt, wieso es komme, daß er den Artikel der „Provinzial-Correspondenz" auf Kosten des Kreises im Kreisblatte habe drucken lassen und der Landrath, im Bewußtsein alles dessen, was er bei der Wahl verübt, über diese Verhandlung an die Regierung berichtet, der Kreistag, an der Spitze der Landesdirector v. Saucken-Tarputschen, habe ihn durchprügeln wollen. (Heiterkeit.) Die Unwahrheit ist in Gegenwart eines Oberregierungsraths im nächsten Kreistag constatirt worden. Der Landrath ist als Kreishauptmann nach Uelzen versetzt worden, eine entgegengesetzte Praxis zu der früheren, wo die im Westen nach oben unhaltbar gewordenen Beamten nach den östlichen Provinzen versetzt wurden. (Heiterkeit.) Denken Sie ferner, in welches Verhältniß man die fortschrittlichen Amtsvorsteher zur Gendarmerie gebracht hat, daß man deren amtlichen Einfluß innerhalb der Amtsbezirke zu Wahlagitationen im entgegengesetzten Sinne benutzt hat. Das allerbedenklichste bei diesen ostpreußischen amtlichen Beeinflussungen ist in einer Insterburger Wahlbeschwerde ausgeführt, wo gesagt wird, daß die Conservativen unter Mitwirkung der unteren Beamtenorgane in der Weise gegen die fortschrittlichen Gutsbesitzer agitirt haben, daß man unter der arbeitenden Bevölkerung verbreitete, die Gutsbesitzer wollten den Arbeitern den Sonntag nehmen, die Leibeigenschaft wieder einführen, und daß Jeder bestraft werden solle, der nicht zur Wahl eines conservativen Candidaten beitrage, und daß ein conservativer Abgeordneter bewirken werde, daß den verfluchten Demokraten, die alles Geld haben, dieses fortgenommen und vertheilt werden würde. (Hört!) Diese socialdemokratische Manier der Verhetzung der Arbeiter gegen die „Herren" seitens amtlicher Organe hat in der dortigen vielfach ungebildeten Bevölkerung meist Glauben gefunden. Wie im Jahre 1865 in Bezug auf das Liebäugeln mit socialistischen Agitationen in großen Städten, machen wir auch heute die Regierung auf die große sociale Gefahr aufmerksam, welche in Gegenden, wo großer Besitz und besitzlose Arbeiter unvermittelt gegenüberstehen, durch solche Verhetzung entstehen können.

Die Begriffe unserer Beamten sind durch die Vorgänge bei den letzten Wahlen verwirrt und es erscheint deshalb nothwendig, daß der Minister hier öffentlich die Grundsätze proclamirt und dieselben auch zur directen Kenntniß seiner Beamten bringt, wie weit nach seiner Anschauung die Betheiligung der Beamten bei Wahlagitationen und Aufstellung von Candidaturen zulässig ist oder nicht, wie die Haltung der Kreisblätter und ihrer Redactionen sein soll, was den Erlaß von Wahlaufrufen, die Mitwirkung der Landräthe bei Versammlungen, die Vertheilung der Stimmzettel, die Benutzung der Gendarmerie u. dergl. betrifft. Geschieht das nicht, so werden nach den nächsten Landtagswahlen sich die heutigen Klagen in verstärktem Maße erheben. Man wird dann vielleicht einige Landräthe mehr in das Haus bekommen, aber durch eine solche Organisation der Parteiagitation, durch alle Verwaltungsinstanzen schädigt man die Autorität jeder preußischen Regierung und untergräbt das Gemeinwesen in seinen Wurzeln. (Lebhafter Beifall links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Da die Prüfung der in Bezug auf die Reichstagswahlen angeführten Thatsachen zu den Aufgaben des Reichstages gehört und ich nicht speciell informirt sein kann, werde ich auf die Einzelheiten nicht antworten. Ich muß aber noch einen Schritt weiter gehen; ich muß, ohne dem Vorredner damit persönlich zu nahe zu treten, die Richtigkeit seiner Behauptungen bis zur näheren Erörterung vollständig dahingestellt sein lassen, zweitens aber das Urtheil darüber, inwieweit diese Thatsachen sich unter seine Gesichtspunkte bringen lassen, umsomehr dahingestellt sein lassen, als die Art und das Colorit des Vortrages ihnen leicht ein anderes Aussehen geben kann, als sie in Wirklichkeit haben. (Sehr richtig! rechts.) Sodann wünscht er eine Aeußerung über die Anschauungen, welche die Staatsregierung von der Thätigkeit der Beamten bei den Wahlen hat. Ich bin vollkommen zu einer solchen bereit. Schon gestern erklärte ich in Uebereinstimmung mit meinem Amtsvorgänger, daß ich es nicht für zulässig halte, amtliche Mittel und amtliche Autorität zum Einfluß bei den Wahlen zu gebrauchen. Ich verlange ferner von den Beamten, die sich bei den Vorbereitungen für die Wahlen in politischer Beziehung betheiligen, daß sie dabei niemals die Würde außer Augen setzen, welche ihr Amt von ihnen verlangt. (Beifall.) Diese beiden Voraussetzungen aufrecht erhalten, die ich für nothwendig halte und denen ich Geltung zu verschaffen wissen werde, hat aber Niemand die Berechtigung, den Beamten die Thätigkeit bei den Wahlen zu untersagen oder zu verleiden, und die Regierung wird durchaus damit einverstanden sein, wenn sie in dieser Begrenzung auf die Thätigkeit und Mitwirkung der Beamten in loyaler Weise rechnen kann, die sie auch in weitem Umfange anerkennt, während der Reichstagswahlen gefunden hat. (Hört!) Ueber den Fall des Landraths v. Massow liegt mir ein detaillirter Bericht nicht vor; aber es ist ein Irrthum, daß er geschrieben haben soll, er habe Thätlichkeiten zu gewärtigen; er hat geschrieben, es sei **nicht** anzunehmen, daß er Thätlichkeiten zu gewärtigen habe. Seine Versetzung nach Uelzen ist unabhängig von diesem Vorfall erfolgt; sie ist erfolgt auf seinen schon lange vor den Wahlen geäußerten Wunsch. Wenn die heute gemachten Aeußerungen dem Landrath von Massow in seiner neuen Stellung eine ungünstige Lage bereiten sollen, so bedaure ich dies aufrichtig; ich bitte aber die dort betheiligten Herren, ihm ohne Vorurtheil entgegen zu kommen und bin überzeugt, daß er dort eine ersprießliche Wirksamkeit entfalten wird. (Beifall rechts.)

Abg. Lucius: Meine politischen Freunde (die Freiconservativen) und ich verurtheilen auch heute noch wie im Jahre 1873 den Mißbrauch der amtlichen Autorität zu Wahlzwecken. Die Abgg Rickert und Richter haben diesen Vorwurf gerade den Landräthen gemacht. Aber die Landräthe, namentlich in den östlichen Provinzen, sind zugleich auch Wähler, Großgrundbesitzer und die Vertrauensmänner ihrer Kreise, haben somit die Pflicht, bei Wahlen nicht indifferent zu sein, zumal es sich bei den letzten Reichstagswahlen um die Unterstützung der Regierung gegen die Socialdemokratie handelte. Die Artikel der „Provinzial-Correspondenz", auf welche man sich berufen hat, waren im Ganzen und namentlich Anfangs maßvoll, erst später wurden sie heftiger provocirt durch die Polemik der fortschrittlichen Presse und Wahlaufrufe. Der von dem Abg. Richter erwähnte Wahlaufruf stützt sich auf eine Reihe von Artikeln desselben Abgeordneten, die überschrieben sind: „Die neuen Wahlen bezwecken neue Steuern", aus denen das Flugblatt: „Zweihundert Millionen Mark neue Steuern" nur ein Auszug ist. Der Abg. Richter hat nicht das Recht, den Steuerreformplan der Regierung, für den meine Partei schon seit Jahren eingetreten ist, in dieser Weise zu charakterisiren. Ein anderer Wahlaufruf trägt das Motto: „Wähle, wie du, wenn du steuerst, wünschen wirst gewählt zu haben!" In einem anderen heißt es: „Der Junker hat sich mit dem Pfaffen verbündet, um den Bauern zu bedrücken!" Ein Wahlaufruf schließt mit den Worten: „Es gilt den Kampf gegen die Socialdemokratie und gegen die Reaction! Es lebe der Kaiser!" (Ruf: Ist das nicht sehr schön und vernünftig?) Ja, aber hinterdrein kommt dann die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Revolutionären, zwischen Straßenkampf und Königsmord, die wir neulich zu hören bekamen. Solchen Wahlaufrufen gegenüber ist manchmal die Sprache der „Provinzial-Correspondenz" etwas stark, aber nicht ganz unrichtig. Im Ganzen compensiren sich die Wahlaufrufe der Parteien und man soll nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause wohnt. Im Großen und Ganzen unterstützt das Land die Regierung und ihre innere Politik, es ist müde der vielen neuen Gesetze und Reformen (Ruf: und die Steuerreform?) es sehnt sich nach Stabilität. Diese Bewegung ist keine reactionäre, sondern eine wahrhaft conservative und die nächsten Wahlen werden ihre Kraft bestätigen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Miquel: In der Erklärung des Vorredners wie des Ministers vermisse ich die unumwundene Erklärung, daß die heute vorgebrachten Thatsachen, wenn erwiesen, als offenbarer Mißbrauch der Amtsgewalt verwerflich sind und ihrer Wiederholung vorgebeugt werden muß. Der Minister hat zwar mit Recht zwischen diesen Vorgängen und den officiellen Candidaturen in Frankreich unterschieden, dabei aber außer Acht gelassen, daß die Vorgänge bei uns für die Grundlagen unseres Staates viel gefährlicher sind als die entsprechenden in und für Frankreich, wo übrigens Mißbrauch der Amtsgewalt, wie die neuesten Wahlprüfungen beweisen, ebenfalls schwer gerügt und geahndet wird. Aber der wahre Unterschied liegt darin, daß die Präfecten, Unterpräfecten, Maires, ja selbst die Friedensrichter die Agenten des jeweiligen Ministeriums sind und mit ihm stehen und fallen, daher ihnen Niemand verdenkt, wenn sie bei den Wahlen als Agenten des Ministeriums thätig sind. Die preußischen Verwaltungsbeamten dagegen dienen dem Staat als solchem und namentlich ist es die Aufgabe des Landraths, der auch Vorsitzender des Verwaltungsgerichts ist, sich das Vertrauen aller Kreiseingesessenen zu erwerben und dauerd zu besitzen. Der bedenklichen Neigung der Landräthe, diese Stellung im Wahlkampfe zu verlassen, sollte die Regierung einen stärkeren Druck entgegensetzen als in der Erklärung liegt, daß sie die Thatsachen nicht kenne; sie müssen untersucht und durch ein klares Verbot für die Zukunft Vorsorge getroffen werden; das bloße Klagen hinterher nutzt nichts. Meine politischen Freunde wurden bei den Wahlen, wo ihnen Conservative gegenüberstanden, von der Regierung als Gegner betrachtet, wo dagegen der Concurrent weiter links stand, nicht bekämpft. Ein solches Verfahren, das schließlich mit einem Mißverständniß entschuldigt wird, ist nicht lange zu halten. Denn endlich muß die Ueberzeugung in große Theile unserer Fraction dringen, daß man sie allmälig zu untergraben sucht und nur so lange nicht bekämpft, als man sie gebraucht. (Vielseitige Zustimmung.)

Es wäre im beiderseitigen Interesse besser, wenn die Regierung offen Stellung nähme, Wir stehen ja in vielen Fragen mit ihr vollständig auf demselben Boden, haben uns aber unser volles unabhängiges Urtheil reservirt. Daß sie nur solche Abgeordnete haben will, welche sie unbedingt unterstützen, ist ihr nicht zu verdenken, aber das jetzt herrschende clair-obscur muß verstimmend wirken. Zu dem Vorwurf, daß wir den Mißbrauch der Amtsgewalt gegen das Centrum bisher geduldet haben, hat Herr Windthorst kein Recht. Er vergißt, daß der dem Centrum zu Gute gekommene Beschluß vom Jahre 1873 von uns ausging und daß wir im Reichstage die Wahl eines Fractionsgenossen, Eisenlohr's, der einem Mitgliede des Centrums gegenüberstand, cassirt haben. Auf eine Unterstützung seitens der Regierung bei den Wahlen verzichten wir, namentlich wen sie unter mißbräuchlicher Anwendung der Amtsgewalt geschieht. Wenn die Regierung uns in Hannover unterstützt hat, so liegt das daran, daß dort nicht ein Streit verschiedener Parteien auf unbestrittener Grundlage desselben Staates stattfindet, sondern es handelt sich dort vielfach um einen Kampf um den Staat selbst. Machte die Regierung da Controversen, so würden sie den Gegnern des Staates selbst zu Gute kommen. Ich verlange keineswegs ein schroffes Einschreiten gegen diejenigen Beamten und Geistlichen, welche an den alten Anschauungen hangen, ich habe immer eine milde Paris anempfohlen und bin selbst in verschiedenen Fällen für solche Beamte eingetreten, ich verlange nicht, daß diese Beamten ihre Liebe für die alten Zustände ablegen, wie einen abgetragenen Rock. Aber Derjenige, der dem preußischen Staate dient, darf nicht diesen Staat als solchen bekämpfen. Beeinflussungen bei den Wahlen, wie sie heute zur Sprache gekommen sind, können der Autorität der Staatsregierung nur schaden. Ich bitte daher den Minister, wirksame Vorsorge zu treffen, daß diese Dinge in Zukunft sich nicht wiederholen.

Im Verlaufe seiner Rede bezog sich der Abg. Miquel auf den im August 1873 von der „Provinzial-Correspondenz" gebrachten, von den Amtsblättern damals wiederholten und gestern vom Abg. Rickert zum Theil verlesenen Artikel, dessen Wortlaut als Grundlage für das Verhalten der Staatsregierung bei Neuwahlen und als Maßstab für die darüber neuerdings abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung gelten darf. Der betreffende Passus lautet: „Je mehr die Staatsregierung es für ihre Pflicht erachtet sich und ihre Beamten von jedem Eingriff in die völlig freie Entfaltung der Wahlbewegung unbedingt fern zu halten, je mehr sie andererseits von der Zuversicht erfüllt ist, daß Wahlen, bei welchen die öffentliche Stimmung wahrhaft zum Ausdruck gelangt, nur günstige Ergebnisse für das weitere vertrauensvolle Zusammenwirken bringen können, desto dringender darf und muß sie alle ihre Anhänger mahnen und bitten, mit allem Eifer in die Vorbereitungen für die Wahlen einzutreten."

Abg. Bähr (Kassel): Bei der letzten Reichstagswahl in Hofgeismar hat sich der neu ernannte Landrath, ein Altpreuße, nachdem er aus Beamten ein Wahlcomite gebildet, sich als Gegencandidaten Oetkers aufgestellt, und die Regierung ihn dadurch begünstigt, daß sie ihm das Amt eines Wahl-

commissars, welches er besaß, abnahm. Solche Vorgänge sind nur ein Hinderniß für die Verschmelzung Hessens mit Altpreußen.

Der Minister des Innern erwidert, daß die Regierung das Verfahren des Landraths mißbilligt, und ihm durch Abnahme des Wahlcommissariats die denkbar schärfste Reprimande ertheilt habe.

Die Discussion über Tit. 1 der Ausgaben wird geschlossen. Persönlich bemerkt:

Abg. Virchow: Der Abg. Lucius hat sich vorher erlaubt, auf eine Aeußerung von mir in der Debatte vom Montag zurückzugehen, die schon seinen Fractionsgenossen v. Rauchhaupt und Graf Bethusy-Huc neulich Veranlassnng gegeben hatte, mich in einer etwas auffälligen Weise mißzuverstehen und die seitdem das Signal nicht bloß für die freiconservative Presse, sondern auch für Organe, die ich am allerwenigsten dieser Operation für fähig gehalten hätte (Abg. Rickert: Leider!), mich fortwährend mißzuverstehen. Der Abg. Lucius war doch in der Lage, sich an den stenographischen Bericht zu halten, während sich seine beiden Fractionsgenossen nur auf ihr Gedächtniß verlassen mußten, und in der Hitze des Gefechts, kann sich manches vielleicht ein wenig anders in die Erinnerung einfügen, als es in Wirklichkeit ist. Dem Abg. Lucius mache ich den schweren Vorwurf, daß er trotz des stenographischen Berichts sich erlaubt hat, eine Aeußerung, die bis dahin wenigstens noch in der äußeren Form regelmäßig in der Presse enthalten war, in einer ganz neuen Form cursiv zu machen.

Der Abg. Lucius macht aus dem von mir gebrauchten Ausdruck „gute Revolutionäre“ „anständige.“ Der betreffende Passus lautet nach dem stenographischen Bericht: „Es giebt in vielen Großstädten Europas viele, ich kann wohl sagen, gute Revolutionäre, gewisse Radicale, die immer bereit sind, dabei zu sein, wenn es ein Bischen weiter geht, die ihr Leben einsetzen für die Sache, und denen es daher nicht darauf ankommt, bei Gelegenheit eines Kampfes einen Anderen zu tödten, aber diese Personen sind weit davon entfernt, einen einzelnen Mord zu begehen, geschweige denn einen Königsmord.“ Deshalb, habe ich gesagt, ist es nicht gerechtfertigt, die Revolutionäre und Königsmörder einfach zusammenzustellen. Ich halte jeden dieser Sätze in seiner Vollständigkeit aufrecht (hört! rechts) und ich bestreite den Herren Conservativen vor allen Dingen das Recht, das Wort „gut“ im Sinne von „moralisch gut“ zu nehmen. (Aha! rechts.) Das ist eine Ueberraschung für Sie; es macht in der That Ihrer Erfindung alle Ehre, wenn es Ihnen gelingen sollte, diese Interpretation plausibel zu machen. Wir dürfen von Ihnen als politische Partei, die länger auf dem politischen Kampfplatz steht, als Sie, erwarten, daß Sie wissen sollten, wir seien keine Partei der Revolution, daß wir zu keiner Zeit die Revolution gepredigt, sondern von Anfang an den gesetzlichen Kampf organisirt haben. Diesen Standpunkt haben wir unweigerlich in den schwierigsten Fällen behalten. Und nun kommen Sie in dem Augenblicke, wo die Frage des Königsmordes ventilirt wird und wollen deduciren, daß ich in diesem Augenblick als Lobredner der Revolution auftrete. Ich hätte ja statt „gute Revolutionäre“ sagen können „richtige Revolutionäre.“ Wenn Sie nun an eine solche Kleinigkeit, daß Ihnen das Wort „gut“ nicht gefällt, benutzen, um daran einzuhaken und zu sagen, es giebt also auch böse Revolutionäre, und die Fortschrittspartei ist daran, gute Revolution zu verbreiten, so ist das kein Verfahren, das zwischen politischen Parteien in einem nach außen so schwerwiegenden Momente Platz greifen sollte, wie es der gegenwärtige ist. Ich weise diese Art der Verhandlung zurück. Lassen Sie uns darin nicht fortfahren, zumal wenn die Gelegenheit da ist, sich auf Grund der Documente selbst zu unterrichten.

Abg. Lucius bemerkt gegen Richter: Ich habe sein Flugblatt richtig citirt und begnüge mich mit der Rectification, die der Präsident bereits hat eintreten lassen: übrigens kann der Abg. Richter mich gar nicht beleidigen. Und gegen Virchow: ich habe seine Worte nicht falsch, überhaupt gar nicht citirt, sondern nur constatirt, was der stenographische Bericht bestätigt, daß er einen Unterschied gemacht — wie ich mich ausgedrückt habe zwischen „anständigen“ anstatt „guten“ und zwischen bösen Revolutionären. Der Bericht liegt hier vor, Sie können mich doch nicht eines falschen Citats zeihen. Er machte diesen Unterschied, das habe ich constatirt und kann nur meinerseits erklären: ich kenne keinen Unterschied zwischen anständigen Revolutionären und Königsmördern; beide sind für mich Hochverräther. (Unruhe links.)

Abg. Richter: Dem Landrath v. Massow seine Stellung in Uelzen zu erschweren, wie der Herr Minister des Innern mir vorwirft, ist mir nicht eingefallen. Ich hatte überhaupt, indem ich annahm, die Versetzung sei zur Sühne jener Vorfälle geschehen, den Fall zu günstig beurtheilt. Mir kommt es nicht auf die einzelne Person, sondern auf die Kritik derartiger Versetzungen an. Die Rede des Herrn Lucius könnte die Annahme erwecken, als ob ich mein Flugblatt „Neue Steuern“ als Landrath oder sonst in amtlicher Eigenschaft verbreitet hätte. Das waren Parteikundgebungen und keiner Partei bestreite ich das Recht, denselben entgegenzutreten. Nur dagegen habe ich Verwahrung eingelegt, daß die Regierung in den Parteikampf hinabsteigt und ihr amtliches Ansehen verwerthet. Uebrigens ist jenes Flugblatt erst durch den Artikel der „Provinzial-Correspondenz“ „Ueber die Absichten ꝛc.“ veranlaßt worden. Allerdings steht in meinem Flugblatt, daß die Verminderung der Matricularbeiträge zunächst und unmittelbar nicht den Steuerzahlern, sondern dem Finanzminister zu Gute kommt, und es erst weiterer Garantien bedürfe, um die Verminderung für die Steuerzahler zu verwerthen. Hierin wurzelt ja gerade der ganze Streit der Parteien im Reichstage und Landtage. Abg. Lucius hat diese Ausführung Sophismus genannt. Wenn er das noch nicht begriffen, bedauere ich sein geringes Maß von Urtheilskraft. (Der Präsident bittet, diesen Ton nicht innezuhalten.) Zur Entschuldigung bemerke ich, daß Herr Lucius in ähnlicher Weise von meiner Urtheilsfähigkeit gesprochen. Der Schlußsatz „Wähle wie Du, wenn Du steuerst ꝛc.“, rührt nicht von mir her, ich halte ihn aber für sehr richtig.

Abg. v. Rauchhaupt: Die vom Abg. Virchow aufgestellte Unterscheidung zwischen guten Revolutionären und Königsmördern hat dazu führen müssen, an seine Partei die Frage zu richten, ob das ihre Moral sei. Daß ein Bedürfniß dafür vorlag, auf diese Frage zu antworten, beweist die heutige Erklärung des Abg. Virchow.

Abg. Virchow: Ich habe damals in der That keine Veranlassung geboten, eine Frage nach der Moral aufzuwerfen. Das ist eben das, was ich dem Abg. v. Rauchhaupt hauptsächlich vorgeworfen habe. Er ist damals so weit gegangen, die Frage aufzuwerfen: Hält Virchow einen Revolutionär für gut und nur einen Königsmörder für schlecht? Ist das politische Fortschrittsmoral? Er war also nicht damit zufrieden, das Wort „gut“ in einem moralischen Sinne mißzudeuten, den man nur mit Gewalt hineinbringen konnte, sondern dieser Makel, der eigentlich nur meine Person treffen konnte, müßte auch noch meiner ganzen Partei angehängt werden. Gegen solche gewaltsame Interpretation protestire ich. Ich habe mich deshalb dagegen verwahrt, als ob ich überhaupt die Revolution hätte preisen wollen, oder als ob irgend Jemand aus meinem Verhalten, meinen Worten, meiner Partei hätte deduciren können, daß wir uns jetzt aufwerfen wollten zu Lobrednern der Revolution. Ich weiß nicht, wie Herr v. Rauchhaupt noch einmal auf diese Sache zurückkommen konnte, nachdem ich die nöthige Erklärung gegeben habe, und, wie ich glaube, ihm auch damit den Boden unter den Füßen entzogen habe, um fernere Versuche zu machen, in dieser Sache weiter zu gehen.

Der Tit. 1 der Ausgaben, die Besoldung des Ministers, wird genehmigt.

Beim Titel 3: 152,400 Mark für das Centralbureau, in dem sich auch die Kosten für 17 Registratoren und Journalisten finden, äußert sich Abg. Majunke über Moritz Busch, den modernen Odysseus, der noch jetzt auf seinen literarischen Irrfahrten von der Regierung Reisegelder beziehe, über die Frictionsartikel in den „Grenzboten“ und die officiöse Presse, bis er durch Rufe zur Sache! und den Präsidenten auf das Mißverständniß aufmerksam gemacht wird, daß die Journalisten, von denen Titel 3 spricht, keine Schriftsteller, sondern bescheidene Bureaubeamten sein. Der Abg. Majunke bemerkt darauf, daß das Centralbureau doch die Stätte sei, in der zahlreiche officiöse Preßproducte ihren Ursprung hätten, bricht aber seinen Vortrag ab.

Bei Cap. 90: Statistisches Bureau kommt von Schorlemer-Alst auf die Anbau- und Erntestatistik zurück. Der richtige Moment für ihre Aufnahme, die Grund- und Gebäudesteuer-Veranlagung von 1867, sei nicht benutzt worden, weil sie die Veranlagung um 3 bis 6 Monate verzögert hätte; jetzt habe sie in 14 Tagen hergestellt werden müssen. Da die Landwirthe in der Aufnahmezeit mit Arbeiten überhäuft waren, mußte die Statistik von den Landräthen, Bürgermeistern u. s. w. in Zimmern gemacht werden und dabei sei oft der Stimmhammer angewendet worden, um die Zahlen stimmig zu machen. Da also die Grundlagen unrichtig seien, so müssen auch die Resultate irrige sein und er müsse gegen jede daraus gezogene Folgerung protestiren. Uebrigens habe er sich entschieden gegen Getreidezölle erklärt, abgesehen von einer Recognitionsgebühr und einer Compensation in gesetzlicher Regulirung der Differentialtarife.

Abg. Schmidt (Stettin): Die Erntestatistik sei deshalb zu falschen Resultaten gekommen, weil falsche Angaben bei statistischen Aufnahmen nach einem Obertribunals-Erkenntniß straffrei seien, obgleich doch auf statistischen Aufnahmen viele wichtige Dinge, z. B. die Berechnung der Matricularbeiträge beruhe. Uebrigens wünscht Redner eine Gleichstellung der Gehälter der Beamten des preußischen statistischen Bureaus mit den Gehältern des entsprechenden Reichsinstitutes.

Abg. v. Meyer-Arnswalde hält die Aufstellung einer Statistik der Brände für wichtiger, als alle anderen statistischen Arbeiten, mit denen die Landräthe u. s. w. gequält würden.

Geh. Reg.-Rath Herrfurth: Der Wunsch nach einer Gleichstellung der statistischen Beamten Preußens und des Reiches ist berechtigt, aber die Finanzlage steht dem entgegen. Zur Aufstellung einer Brandstatistik ist die Regierung gern bereit; aber es ist merkwürdig, daß diese Anregung von einer Stelle ausgeht, von der man sonst nur Klagen über die Last der statistischen Arbeiten für die Landräthe hörte. Die Anbau- und Erntestatistik ist nicht vom statistischen Bureau oder vom Ministerium ausgegangen, sondern vom Reiche, aber die Staatsregierung ist bemüht gewesen, die Belastung der Behörden auf ein Minimum zu reduciren. Die Ermittelungen können nicht ganz zuverlässige sein, weil sie auf Schätzung nicht auf Zählung beruhen. Uebrigens zeichnen sich die Arbeiten unseres statistischen Bureaus durch Gründlichkeit, Zuverlässigkeit und Uebersichtlichkeit aus, so daß dasselbe vielleicht die erste Stelle in der Welt einnimmt. Der Stimmhammer ist bei statistischen Aufnahmen das am Wenigsten anzuwendende Instrument; das statistische Gewissen wird lieber unerklärbare Zahlen stehen lassen, als durch fingirte, aber stimmige Zahlen das Dunkel nicht aufzuklären.

Abg. Sombart kann die Beschwerden über die Langsamkeit in der Aufstellung der Anbaustatistik und gegen ihre Richtigkeit nicht anerkennen. Es liege in Betreff der Erntestatistik der Irrthum vor, daß nicht die Behörden, sondern die landwirthschaftlichen Vereine mit deren Aufstellung nach Schätzung beauftragt seien. Die letztere Statistik sei um so nothwendiger, als Preußen, welches früher Getreide exportirt habe, jetzt 5 Millionen Menschen mit fremdem Getreide ernähren müsse. Im Interesse derselben liege auch eine, bereits angebahnte Maßregel, eine kleine Recognitionsabgabe (Bewegung links), aber nur von 1 Pf. für 100 Kilo. Redner wünscht ferner, daß das Werk Meitzen's über die Bodenstatistik Preußens auch auf die neuen Provinzen ausgedehnt werden möge; ferner befürwortet er die Ausdehnung der graphischen Darstellung in der Statistik, damit die letztere auch in die Schule Eingang finden könne. Schließlich bemerkt Redner, daß in der preußischen Statistik in Betreff der Wälder noch eine große Lücke bestehe.

Abg. Miquel befürwortet ebenfalls die Fortsetzung des Meitzen'schen Werkes in Bezug auf die neuen Provinzen, wozu das Material in der Durchführung der Grundsteuer-Veranlagung vorhanden sei.

Minister Graf zu Eulenburg: Viele der hier zur Sprache gebrachten Gegenstände gehören nicht zu meinem Ressort; ich bin aber gern bereit, in Betreff der Fortführung des Meitzen'schen Werkes mit dem Finanzministerium in Verbindung zu treten. Die Vortheile der graphischen Darstellungen in der Statistik verkenne ich nicht; aber sie sind doch nicht geeignet, in die Schule eingeführt zu werden.

Bei Cap. 91: Meteorologisches Institut entwickelt Arndt (bei der Berliner Station dieses Institutes beschäftigt) den Plan, den man bei der Reorganisation desselben befolgen müßte; von der Centralstelle aus müßten Mittelstationen, besonders in Verbindung mit den Universitäten errichtet werden; dann an anderen Punkten Unterstationen, mit guten registrirenden Apparaten versehen, Dazu würde vielleicht das Acht- oder Neunfache der jetzigen Kosten erforderlich sein, und an diesem Punkte sei auch der Reorganisationsplan gescheitert.

Abg. Thilenius ist erfreut, daß der von ihm ausgesprochene Tadel gegen den jetzigen Bestand des Instituts sich als begründet erwiesen habe; er hoffe, die Reorganisation werde nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Bei Capitel 92 — Verwaltungsgerichte — fragt Hänel nach dem Stande und dem Fortgang der Verwaltungsreorganisation. Als provisorischer Minister des Innern habe Friedenthal erklärt, daß das Reorganisationswerk nach wie vor geplant werde, dagegen habe er eine volle Städte- und Landgemeindeordnung nicht als integrirenden Theil des Planes anerkannt. Als diese Erklärung eine starke Opposition wachgerufen, habe der Minister Friedenthal seine Worte dahin erläutert, daß dieselben nur Bezug gehabt hätten auf die Frage des Vorranges und das Fortschreiten der Reorganisation von Stufe zu Stufe. Zur Zeit könne kaum eine Vorlage gemacht werden, die nicht die Frage aufdränge, wie es eigentlich mit dem Fortgang der Reorganisation stehe. Es sei außerordentlich wichtig zu wissen, welcher Plan verfolgt werde, welche Stufen befolgt, welcher Fortgang gemacht werden solle. Der Plan müsse vor allen Dingen die Reorganisation der höheren Behörden ins Auge fassen. Damit hänge die Frage zusammen, welche Vorarbeiten zur Ausdehnung der Verwaltungsgesetze auf die westlichen Provinzen gemacht worden seien. Endlich sei eine bestimmte Antwort darüber wünschenswerth, ob der Minister des Innern in Uebereinstimmung mit seinem provisorischen Vorgänger daran festhalte, daß die volle Städte- und Landgemeindeordnung einen wesentlichen Bestandtheil in jener Organisation darstelle.

Minister Graf zu Eulenburg: Wenn man beabsichtigte eine Frage von solcher Wichtigkeit und solchem Umfange an den anwesenden Minister zu richten, so hätte man erwarten können, daß ihm vorher eine Andeutung davon gemacht werden würde. Denn wenn das auch Gegenstände sind, mit denen man sich immer befaßt, so ist es doch nicht möglich, eine solche Antwort in jedem Augenblicke zu geben. Aber wenn diese Antwort selbst möglich wäre, so ist es noch zweifelhaft, ob sie auch zweckmäßig sein würde. Die Erörterung eines noch nicht fest abgeschlossenen Planes würde denselben eher schädigen, als fördern. Ein plötzlicher Stillstand der Verwaltungsreorganisation hat nicht stattgefunden, obwohl thatsächliche Fortschritte seit längerer Zeit nicht gemacht worden sind. Das ist aber verursacht worden durch die Schwierigkeiten, welche bei der Vorlegung der Städteordnung entstanden sind, durch das Provisorium im Ministerium des Innern, durch den Wechsel in der Leitung dieses Ministeriums und durch die bedeutenden Arbeiten, welche mir in der letzten Zeit obgelegen haben. Ich kann also im gegenwärtigen Augenblick einen vollen Plan mit allen Stufen und Stadien Ihnen nicht entwickeln; das schließt aber nicht aus, auf einige von den Punkten, die der Vorredner berührt hat, einzugehen. Wenn die Verwaltungsgesetze auf die westlichen Provinzen übertragen werden sollen, so ist dies unmöglich, ohne eine vorherige Reorganisation der höheren Verwaltungsbehörden eintreten zu lassen. Hinsichtlich der Städte- und Landgemeindeordnung stehe ich auf dem Standpunkte meines provisorischen Vorgängers, der nach meiner Auffassung erklärt hat, daß diese Gesetze nicht in den gegenwärtig vorliegenden gesetzgeberischen Abschnitt gehören. Diese Gesetze sind nicht Voraussetzung eines jeden weiteren Fortschrittes. Die einleitenden Arbeiten sind fortgesetzt und einige vor Kurzem vollendet worden; im Uebrigen werden diese Arbeiten mit allen Kräften fortgesetzt werden. Wenn es mir gelungen sein wird, einen festen Plan für die weitere Ausführung festzustellen, so werde ich denselben vor Ihnen entwickeln und Ihnen mit einigen Gesetzesvorlagen entgegentreten.

Abg. Miquel erkennt an, daß es der Regierung im Augenblicke noch nicht möglich sei, über den materiellen Inhalt der weiteren Verwaltungs-Reformvorlagen oder auch nur über den weiteren Gang der Reform bestimmte Aufschlüsse zu geben, wohl aber könne man verlangen, daß sie mit voller Entschiedenheit, mit Ernst und Freudigkeit hinter dem großen Werk der Reorganisation stehe, an dem die liberale Partei bisher mit Aufopferung sehr erheblicher Wünsche mitgearbeitet habe. Leider lasse die Haltung der Regierung diese Freudigkeit vermissen und ermuhige dadurch den Widerstand, der sich schon an sich naturgemäß der Durchführung der Reformmaßregel entgegenstelle, Habe die Regierung ernste Bedenken gegen die bisherigen Grundlagen der neuen Gesetze, so möge sie damit offen hervortreten und entsprechende Anträge stellen. Glaube sie andererseits erst größere Erfahrungen sammeln zu müssen, bevor sie den Bau weiter führe, so möge sie die bestehende Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen ausdehnen und ihre praktische Wirksamkeit dort erproben. Geschehe keines von beiden, so bleibe nur die Annahme übrig, daß sie nach dem großen Anlauf, den sie genommen, durch den gefundenen Widerstand muthlos geworden sei und nun vor der Vollendung des Werkes stehen bleibe. Vor einem solchen Verhalten müsse er das Ministerium auf das Ernstlichste warnen, denn nichts sei für den Staat und dessen Verwaltung gefährlicher als eine derartige, als Bruchstück fortdauernde Gesetzgebung. (Beifall.)

Abg. Hänel bedauert die dilatorische Behandlung, die seine Anfrage seitens des Ministers erfahren habe. Auch der ganze Ton, mit der derselbe die weitere Förderung des Reorganisutionswerkes in Aussicht gestellt habe, sei sehr wenig verheißungsvoll gewesen. Nach dem materiellen Aufriß habe er nicht gefragt, sondern allein nach dem formellen Plan des Vorgehens. Daß der Minister auf die Anfrage nicht vorbereitet gewesen sei und hieraus einen Grund zur Nichtbeantwortung herleiten könne, sei in der That überraschend; denn es sei doch zu erwarten, daß so großen und wichtigen Fragen gegenüber ein neuer Minister Stellung genommen habe, und die erste Gelegenheit benutzen würde, um diese Stellung vor dem Hause klar zu legen.

Abg. v. Rauchhaupt constatirt, daß der gegenwärtige Minister auf auf dem Gebiet der Verwaltungsreform durchaus nicht müßig gewesen sei, vielmehr alle Behörden aufgefordert habe, über die Bedenken, die sich aus der bisherigen Praxis ergeben haben, Bericht zu erstatten. Er selbst erkenne das Bedürfniß des weiteren Ausbaues der Verwaltungsgesetze an, trotzdem halte er es für durchaus ungeeignet, den Minister, der zunächst Zeit gewinnen müsse, um sich das Material zur Beurtheilung des weiteren Vorgehens zu beschaffen, vorwärts zu drängen.

Abg. Richter: Von Drängen kann man doch wahrhaftig nicht sprechen, wenn in der dritten Session einer Legislaturperiode, an welche so große Erwartungen geknüpft wurden, das Reformwerk noch keinen Fortschritt macht. Allerdings ist die Unterbrechung ganz ex abrupto erfolgt. Furst Bismarck sistirte die Ausdehnung auf die westlichen Provinzen, als die bezüglichen Gesetze schon vorbereitet waren. Der frühere Minister des Innern erklärte, diesen auf die Vorlage gewälzten Stein nicht heben zu können. Man setzte das Werk nunmehr an der Städteordnung fort. Gegen die Zusage des Ministers des Innern sistirte wiederum eine Ministerial-Sitzung, der Fürst Bismarck präsidirte, die erneute Vorlage einer Städte-Ordnung. Es kam nur eine Novelle. Der jetzige Minister scheint auch keine größere Kraft zu besitzen, diese beiden großen Steine zu heben. Er lehnt noch bestimmter als Herr Friedenthal für die nächste Periode jede Reform der Landgemeinde- und Städte-Ordnung in den östlichen Provinzen ab. Ohne solche wird die Kreisordnung aber nie zur Wahrheit werden. Sie haben bei Zustimmung zur Kreisordnung seiner Zeit diesen Unterbau als sofort nothwendig bezeichnet.

Gewiß ist die Kreis-Ordnung verbesserungsfähig; z. B. indem dem Landrath der Vorsitz auf dem Kreistag entzogen wird, oder indem man die Wahl der Amtsvorsteher durch einen verbesserten Amtsausschuß geschehen läßt. Aber im Sinne des Herrn v. Rauchhaupt bedeutet „Revision“ den Anfang von Reaction. Er hat im vorigen Jahre schon gewünscht, die Regierungspräsidenten zu Vorsitzenden der Verwaltungsgerichte gemacht, und einen Theil der Kreisausschußmitglieder von der Regierung ernannt zu sehen. Minister Friedenthal entwickelte im vorigen Jahre doch mindestens einen Plan, der die Rubriken der Gesetze bezeichnete, mittels deren man vorgehen wollte. Ohne Hast, aber auch ohne Rast sollte in dieser Weise gearbeitet werden. Der neue Minister beruft sich auf seine Inanspruchnahme durch die Socialistenfrage. Diese aber hat den Reichskanzler nicht verhindert, nebenbei mit Hast und ohne Rast neue Steuerpläne zu fördern. In den Erklärungen des Ministers sind die Aussichten anf Fortsetzung des Reformwerks vollkommen erblaßt und in nebelhafte Ferne gerückt. Noch weiter, als das Unterrichtsgesetz erscheint die Fortsetzung des Reformwerks entfernt. Vom Unterrichtsgesetz hat man auch seit 28 Jahren gesagt, daß man es „mit allen Kräften fördern“ wolle. Wir sehen jetzt deutlich, wie richtig unsere Stellung war, die wir schon bei Beginn der vorigen Herbstsession in einem Antrag markirten, daß von diesem Ministerium in Bezug auf Verwaltungsreform nichts mehr zu hoffen ist. Wiederholt sind die Schäden, die Unruhe, die Unsicherheit geschildert, welche gerade dadurch entstehen, daß die Reform Stückwerk bleibt. Wenn diese Beschwerden jetzt wieder lebhafter werden, so bitten wir, sie nicht an die Adresse der liberalen Partei, sondern an das Ministerium zu richten, welches dieselben verschuldet.

Minister Graf Eulenburg: Wie der Vorredner aus meinen Worten heraushören konnte, daß die weitere Verwaltungsreform so gut wie aufgegeben sei, verstehe ich nicht. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß dieselbe nach Kräften gefördert werde und dasselbe ist in der Thronrede in der feierlichsten Weise versichert worden. Der Zweck meiner vorherigen Ausführung war nur, die Gründe darzulegen, die es mir im Augenblick unmöglich machten, einen detaillirten Plan der weiteren Arbeiten vorzulegen. Die unter meinem Amtsvorgänger angefangenen Arbeiten sind von mir weiter geführt und neue in Angriff genommen worden. Inzwischen hat das Socialistengesetz allerdings eine Verzögerung hervorgerufen und wenn der Vorredner darauf hinwies, daß dieses Hinderniß das Reichskanzleramt nicht verhindert habe, die Steuerreformprojecte weiter zu fördern, so übersieht er, daß es sich bei der Verwaltungsgesetzgebung nicht um bloße Conceptionen, sondern um ein sehr weitschichtiges, zum größten Theil erst zu beschaffendes Material handelt. Ehe dieses Material nicht beschafft ist, fehlt es der Regierung an der Möglichkeit, einen vollständigen Plan der weiteren Gesetzgebung zu entwickeln.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe nicht behauptet, daß der Minister in seinen Worten gesagt habe, daß die Fortführung der Verwaltungsreform aufgegeben sei, sondern ich habe dies aus der ganzen bisherigen Entwickelung gefolgert, und muß hieran auch jetzt noch festhalten.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Etat des Oberverwaltungs-Gerichts bewilligt.

Zu dem Etat der Standesämter spricht der Abg. v. Minnigerode den Wunsch aus, daß zur Aufrechterhaltung der kirchlichen Einsegnung der Ehen der Sitz der Standesämter möglichst an denselben Ort verlegt werde, an dem die Kirche gelegen ist. Die ganze Civilstandsgesetzgebung sei der Bevölkerung durchaus noch fremd und keineswegs sehr sympathisch. Ein besonderes Bedürfniß mache sich dahin geltend, die Urkunden der Standesämter auf einen kleineren Umfang zu beschränken, weil die Aufbewahrung derselben sonst mit der Zeit zu den größten Unzuträglichkeiten führe.

Abg. Richter (Hagen) findet die Beschwerden gegen die Civilstandsgesetzgebung sowie gegen die Kreisordnung vorzugsweise darin begründet, daß man bei der Abgrenzung der Amtsbezirke weniger die Interessen einer zweckmäßigen Verwaltung, als die Zusammenlegung größerer Gemeinden mit einem Gutsbezirk berücksichtigt habe. Hierdurch sei der Sitz des Amtsvorstehers und Standesbeamten oft in große Entfernung von der Gemeinde selbst verlegt, und diese Entfernung erschwere und vertheuere den Bewohnern ohne Noth die Handhabung der Gesetze. Diese Vertheuerung falle um so mehr in das Gewicht, wenn man erwäge, wie unverhältnißmäßig hoch vielfach die Liquidationen für die Unkostenentschädigungen der Ehrenämter bemessen wären. So liege ihm eine Rechnung aus dem Kreise Niederbarnim vor, in welcher die Bureaukosten für das Standesamt in Pankow auf 2000 Mark berechnet seien. In derselben Richtung zeichne sich auch die Liquidation von Mitgliedern des Kreisausschusses aus, welche für eine Reise nach Berlin zu einer zweistündigen Ausschußsitzung Reisediäten für drei Tage erheben. (Hört!)

Abg. Windthorst (Meppen) schließt sich dem Wunsch an, daß im Interesse der Bequemlichkeit des Publikums die Sitze der Standesämter mehr centralisirt würden, und bittet den Minister, allzu große Bezirke zu theilen.

Der Minister Graf Eulenburg verspricht dem Wunsche, den Sitz des Standesbeamten möglichst mit dem Wohnsitz des Geistlichen zu vereinigen, nach Möglichkeit zu entsprechen. Eine Theilung von Standesamtsbezirken habe außerordentliche Schwierigkeiten und Verwicklungen im Gefolge und lasse sich deshalb nur ausnahmsweise durchführen.

Abg. v. d. Goltz bedauert gleichfalls, daß es nicht überall möglich sei, den Sitz des Standesbeamten in die Mitte der Gemeinde zu verlegen, der Mangel an qualifizirten Persönlichkeiten nöthige aber, von dieser Forderung Abstand zu nehmen. Aus diesem Grunde sei auch die Vereinigung größerer Gemeinden mit einem Gutsbezirke vielfach geboten, ohne daß die Gutsvorsteher sich gerade besonders danach drängten, die mit vielen Unbequemlichkeiten verbundenen Ehrenämter zu übernehmen.

Abg. v. Benda führt die hohen Liquidationen, insbesondere die dreitägigen Reisediäten auf die bei den alten Ständen übliche Berechnungsweise zurück u. hofft, daß die von dem Abg. Richter gegebene Anregung genügen werde, diesen Mißbrauch zu beseitigen.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und der Etat der Standesämter bewilligt.

Um 4 Uhr vertagt das Haus die weitere Etatsberathung bis Sonnabend 12 Uhr.

Berlin, 13. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat den seitherigen Gesandten in Dresden, Grafen zu Solms-Sonnewalde zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich spanischen Hofe ernannt.

Se. Majestät der König hat den Geheimen Oberjustizrath Rindfleisch zum Director im Justizministerium mit dem Charakter als Wirklicher Geheimer Oberjustizrath, und den vortragenden Rath im Justizministerium, Geheimen Justizrath Oehlschläger zum Geheimen Oberjustizrath ernannt; sowie dem Rendanten und expedirenden Secretär der Bauakademie zu Berlin, Hoffmeister, den Charakter als Rechnungsrath; dem Mitgliede der Direction der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft, Eisenbahnbau- und Betriebs-Inspector a. D., Gustav Hermann Micks zu Erfurt den Charakter als Baurath; und dem Kreis-Wundarzt, praktischen Arzt Dr. Wilhelm Fränkel in Neustadt O.-S. den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Der vereidete Makler Victor Benary zu Berlin ist an Stelle des auf eigenen Antrag von seinem Amte entbundenen Bankagenten Hermann Goldschmidt zum Agenten der Reichsbank für Wechsel- und Geldgeschäfte ernannt worden.

Die Kataster-Controleure Wickel zu Northeim, v. Ramdohr in Meppen, Roth in Osterholz, Richter zu Harburg, Koller zu Lüneburg, Heyer in Celle, Reimerdes zu Osnabrück, so wie der Kataster-Secretär Berghöffer zu Hannover sind zu Steuer-Inspectoren ernannt. Bei der Realschule zu Stalsund ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Hermann Lambeck zum Oberlehrer genehmigt worden.

Der Kreisgerichtsrath Deves in Neu-Stettin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Friedeberg N./M. und zugleich zum Notar im Departe-

ment des Appellationsgerichts zu Frankfurt a./O. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Friedeberg N./M. und mit der Verpflichtung ernannt worden, statt seines bisherigen Amts-Charakters fortan den Titel „Justiz-Rath" zu führen. Der Kreisrichter **Lasker** zu Freistadt in Schlesien ist zum Rechts-Anwalt bei dem Kreisgericht in Zielenzig und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a./O. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sonnenburg ernannt worden. Der Kreisgerichtsrath **Weber** in Quedlinburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Halberstadt und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Halberstadt ernannt, demselben auch bei dem Kreisgericht daselbst die Praxis widerruflich gestattet und die Verpflichtung auferlegt worden, statt seines bisherigen Amts-Charakters fortan den Titel „Justiz-Rath" zu führen.

Berlin, 13. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute Morgen die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai und des General-Intendanten der Königlichen Schauspiele von Hülsen entgegen. Ferner empfingen Se. Majestät den General-Lieutenant z. D. von Neumann in besonderer Audienz.

Heute findet bei den Kaiserlichen Majestäten ein Diner für Se. Königliche Hoheit den Herzog von Connaught statt. (R.-Anz.)

⊙ **Berlin,** 13. Decbr. [Entscheidungen der Reichs-Beschwerde-Commission. — Kundgebung des Polizei-Präsidenten. — Graf Stolberg. — Zoll-Revisions-Commission.] Die Reichs-Beschwerde-Commission hat dem Vorstand der Allgemeinen deutschen Associationsdruckerei vor einigen Tagen den zurückweisenden Bescheid auf die Beschwerde wegen des Verbots der „Berl. Fr. Pr." zugehen lassen. Die Beschwerde hatte behauptet, daß es unzulässig sei, wenn die Verfügung des Polizeipräsidiums auf verschiedene, vor dem Inkrafttreten des Gesetzes veröffentlichte Nummern zurückgegriffen habe. Die Reichscommission führt dagegen unter Hinweis auf die betreffenden Reichstagsverhandlungen aus, daß bei dem gänzlichen Verbot einer Zeitschrift auf Grund des Verbots einer einzelnen Nummer keineswegs abzusehen sei von dem Inhalt früherer Nummern und von der aus demselben erhellenden Agitationsweise des Blattes bis zum Inkrafttreten des Gesetzes. Dem Gesetze habe rückwirkende Kraft nur insofern nicht beigelegt werden sollen, als die bisherige Haltung des Blattes für sich allein ein Verbot nicht begründen könne, aber es habe nicht ausgeschlossen werden sollen, daß die Behörde, sobald sie in einer neuen Nummer das Criterium des Gesetzes fände, bei der Entscheidung über das gänzliche Verbot auch die frühere Haltung berücksichtige. Daß nun in der „Berl. Fr. Pr." Bestrebungen, wie sie das Gesetz voraussetzt, überhaupt nicht zu Tage getreten seien, ist in der Beschwerde nicht einmal behauptet; es gehe in der That die strafbare Tendenz durch alle Nummern. Was die neue Nummer vom 25. Octbr. betreffe, so werden mehrere Artikel bezeichnet, nach welchen das Blatt an jener Richtung festhält, u. A. ein Artikel, der unter persiflirendem Hinweis auf die von den anderen Parteien zu erwartende Thätigkeit das Aufhören der socialdemokratischen Agitation ankündigte. Man werde es den Schutzzöllnern überlassen, die moderne Wirthschaftslehre mit ihren Folgen aufzudecken, den Virchow und Genossen, die Unhaltbarkeit der überlieferten Religion darzuthun, den Einheitsfanatikern den Glauben an die Legitimität und das Gottesgnadenthum nicht wieder aufkommen zu lassen. Die Socialdemokratie könne zurücktreten, da ihre Arbeit von denen besorgt werde, die ihre Feinde sein wollen. Die Commission führt aus, es sei in diesen Worten als das Ziel der Socialdemokratie und insbesondere der „Berliner Freien Presse" der Umsturz der bestehenden wirthschaftlichen, staatlichen und kirchlichen Verhältnisse offen ausgesprochen. Daß auch die Erregung des Klassenhasses dieselbe geblieben — wird aus aus mehreren anderen Artikeln nachgewiesen, in welchen von dem Spieß- und Mast-Bürgerthum u. dergl. die Rede sei. Im Zusammenhang mit der aus den bisherigen Leistungen des Blattes ersichtlichen Tendenz ergab sich als unzweifelhaft, daß die angeführten Artikel unter die Criterien des Gesetzes fallen. — Der Polizeipräsident v. Madai hat durch einen Tagesbefehl an den Obersten der Schutzmannschaft seine Befriedigung über den so günstigen Verlauf der Einzugsfeierlichkeiten ausgesprochen, welcher zum großen Theil nicht nur der prompten Ausführung der getroffenen Dispositionen, sondern auch dem mustervollen und taktvollen Auftreten der Schutzmannschaft zuzuschreiben sei; selbst im dichtesten Gedränge habe die Schutzmannschaft die ihnen zur Pflicht gemachte Zuvorkommenheit und Höflichkeit nicht außer Acht gelassen und sich überall hilfreich erwiesen. Der Präsident spricht speciell dem Obersten der Schutzmannschaft für die getroffenen Anordnungen sowie sämmtlichen Beamten für ihre Haltung volle Anerkennung aus. — Der Vice-Präsident des Staatsministeriums, Graf Stolberg, hat sich heut aus Anlaß eines Todesfalles in seiner Familie auf mehrere Tage nach Wernigerode begeben. — Wie die heutigen Morgenblätter melden, hat der Bundesrath in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Ausschusses für Handel und Verkehr und für Zoll- und Steuerwesen in Betreff der Bildung einer Revisions-Commission des Zolltarifs angenommen. Es wird nunmehr die Aufgabe derjenigen Bundesstaaten sein, welche bestimmt sind, Commissare in die Commission zu entsenden, die Wahl derselben möglichst zu beschleunigen, damit die Commission ohne Aufenthalt sich constituiren und ihre Thätigkeit beginnen kann.

= **Berlin,** 13. Dec. [Der interimistische deutsch-österreichische Handelsvertrag. — Budget-Commission.] Wir haben vor einigen Tagen bereits melden können, daß die Conferenzen über die deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen vor Ablauf dieser Woche ihren Abschluß finden würden. Gestern Abend 7 Uhr ist der neue Vertrag auf die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden. Derselbe hat die Klauses der Meistbegünstigung aufgenommen (was natürlich nicht ausschließt, daß Oesterreich seinen autonomen Tarif vom Juni d. J. am 1. Januar 1879 einführt), der Zollcartell bleibt erhalten, ebenso das Veredelungsverfahren im Princip mit den Beschränkungen, die von Preußen zum Zwecke sicherer Controle bewilligt worden, ohne an die österreichischen Postulate ganz heranzureichen. In Bezug auf den Rohleinen-Verkehr hat Preußen die Errichtung neuer Märkte in letzter Stunde concedirt. Die österreichischen Bevollmächtigten sind mit sichtlicher Befriedigung abgereist. — Nicht ohne Spannung sieht man in parlamentarischen Kreisen einer für heute Abend anberaumten Sitzung der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses entgegen. Zur Berathung steht der Etat der Eisenbahn-Verwaltung. Man erwartet das Erscheinen des Handelsministers und dessen Erklärungen über den Ankauf von Privatbahnen durch den Staat namentlich in Hinsicht auf die Berlin-Stettiner Bahn, da die über diese Bahn in Umlauf befindlichen Angaben zu vielfachen Beunruhigungen in der Geschäfswelt geführt haben. Auch anderweite Anfragen bezüglich der Eisenbahn-Politik sollen an den Minister oder seinen Vertreter gerichtet werden. Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß bis zur Plenardebatte über die Eisenbahn-Verwaltung der Minister in der Lage sein wird, nähere Angaben über den Stand seiner Pläne bezüglich eines Reichseisenbahngesetzes, der Einsetzung eines Eisenbahnrathes und dergl. mehr, nähere Mittheilungen zu machen.

W. T. B. **Berlin,** 13. Dec. [Der Bundesrath] hielt gestern eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramts, Saatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung wurden Vorlagen betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Vekehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen und betreffend den Erlaß von Bestimmungen über Verladung und Beförderung von lebenden Thieren auf Eisenbahnen, sowie ein Antrag Mecklenburg-Strelitz betreffend die Aufsicht über die Ausführung der Vorschriften der Gewerbeordnung bezüglich der Verhältnisse der Fabrikarbeiter in Mecklenburg-Strelitz den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Hierauf wurde über die Besetzung einer erledigten Stelle bei einer Disziplinarkammer Beschluß gefaßt. Ausschußberichte wurden erstattet über a) die Revision des Zolltarifs. Es soll zu diesem Zwecke eine Commission von 15 Mitgliedern gewählt werden, b) die Sicherung der gemeinschaftlichen Zollgrenze in den vom Zollgebiet ausgeschlossenen bremischen Gebietstheilen. Es wurde vorläufig eine Verlängerung der mit Bremen bestehenden bezüglichen Verträge bis zum 1. Juli 1879 in Aussicht genommen.

[Verbote auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21. October 1878.] Die fernere Verbreitung des Blattes „L'avant-garde" und die fernere Verbreitung des Blattes „Le Mirabeau" im Reichsgebiete. Die Druckschriften: 1) die Volksschule und die Lage ihrer Lehrer in der Provinz Preußen. Eine Skizze von einem Ostpreußen. Leipzig 1875; 2) Agitationsnummer. Zu beziehen von der Genossenschafts-Buchdruckerei in Leipzig, Färberstraße 12, II. Leipzig 1876. Verantwortlicher Redacteur Jacob Morbach in Leipzig. Der „socialdemokratische Wahlverein" in Neu-Isenburg.

[Bekanntmachung.] Auf die für das Jahr 1878 festzusetzende Dividende der Reichsbankantheile wird vom 16. d. Mts. ab eine zweite halbjährige Abschlagszahlung von zwei und ein viertel Procent oder 67 M. 50 Pf. für den Dividendenschein Nr. 8 bei der Reichsbankhauptkasse zu Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen in Bremen, Breslau, Köln, Dortmund, Frankfurth a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Posen, Stettin, Straßburg i. Elſ. und Stuttgart, bei den Reichsbankstellen in Aachen, Augsburg, Bielefeld, Braunschweig, Bromberg, Carlsruhe, Cassel, Chemnitz, Coblenz, Crefeld, Danzig, Dresden' Düsseldorf, Elberfeld,'Elbing, Emden, Erfurt, Essen, Frankfurt a. O.. Gera, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Graudenz, Halle a. S., Kiel, Landsberg a. W., Liegnitz, Lübeck, Mainz, Memel, Metz, Minden. Mülhausen i. E., Münster, Nordhausen, Nürnberg, Osnabrück, Siegen, Stolp, Stralsund, Thorn, Tilsit nnd bei den Reichsbank-Commanditen in Cöslin und Insterburg erfalgen. Friedrichsruh, den 12. December 1878. Der Reichskanzler. v. Bismarck.

Köln, 13. Dec. [Leichen-Begängniß Bürgers.] Heute Nachmittag um 3 Uhr wird hier von der festen Rheinbrücke aus das Leichenbegängniß des verstorbenen Abg. Bürgers stattfinden.

Provinzial-Zeitung.

—d. **Breslau,** 13. Decbr. [Rechte-Oder-Ufer-Bezirks-Verein.] Die am 12. d. M. im Casperke'schen Saale abgehaltene und zahlreich besuchte Versammlung eröffnete nach Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung der Vorsitzende, Expeditions-Vorsteher **Meltzer**, mit folgenden Mittheilungen: Die vom Verein beschlossene Petition, betreffend die Pflasterung der Matthiasstraße, ist an den Magistrat abgesandt. — Die vom Bezirksverein aufgestellten Stadtverordneten-Candidaten sind sämmtlich gewählt worden. Redner erblickt hierin ein Vertrauensvotum, welches die Wählerschaft dem Verein gegeben. — Im Weitern berichtet Herr **Meltzer** über die letzten Verhandlungen der Stadtverordneten-Versammlung, speciell über den neuen Besoldungsmodus der Magistratsmitglieder und über die Hafenfrage. — Den Antrag eines Mitgliedes, der Verein möge in diesem Jahre eine Weihnachtseinbescheerung veranstalten, hat der Vorstand abgelehnt, einmal weil in diesem Jahre die Privatwohlthätigkeit ohnehin schon in hohem Grade in Anspruch genommen sei, andererseits, weil es jetzt an Zeit mangele, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen, um die Einbescheerung zu einer dem Verein würdigen zu gestalten. — Apotheker **Hauske** beantragt, dahin zu wirken, daß die Anlagen des kleinen Platzes zwischen der Universitätsbrücke und dem Militairgefängniß wieder hergestellt werden. Der Verein beschließt, im Sinne des Antragstellers eine Petition an die städtische Promenaden-Deputation zu richten. — Hierauf gab Herr Dr. **Weis** einen eingehenden orientirenden Bericht über die neue Straßen-Polizei-Ordnung. Redner erklärte sich gegen § 25, betreffend das Befahren einzelner Straßen nur von einer Richtung her, gegen § 86, betreffend das Verbot, aus den Speichern und Waarenlagern der innern Stadt Fässer, Kisten, Collis und andere größere Gegenstände in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 10 Uhr Abends über die Bürgersteige zu bewegen, endlich noch gegen § 92, welcher das Rechtsgehen der Fußgänger vorschreibt. Als eine lobenswerthe Bestimmung bezeichnet Redner die Vorschrift des § 92, wonach man rechts auszuweichen hat. Eine Bestimmung fehle hiernach, die das Ausweichen regelt, wenn man mehrere Personen, die Arm in Arm gehen, begegnet. Im Uebrigen erklärt sich Referent mit den anderen Punkten der Straßenordnung einverstanden, auch mit dem § 26, betreffend den beschränkten Verkehr des Roll- und Lastfuhrwerks, während dagegen verschiedene Redner aus der Versammlung gerade diesen Paragraphen als undurchführbar bezeichneten. Namentlich schien uns die eine Frage wichtig, wie man diesem Paragraphen gegenüber mit den Umzügen durch Möbelwagen fertig werden wolle. Bezüglich der vorgeschriebenen einmaligen Reinigung der Straße und der zweimaligen Reinigung des Trottoirs wurde die wohlberechtigte Frage gestellt, was eine derartige Verordnung nütze, wenn der Schmutz nicht sofort abgeholt, sondern immer wieder zerfahren werde? So lange die Marstall-Verwaltung nicht im Stande sei, den Schmutz sofort wegzuschaffen, so lange sei eine diesbezügliche polizeiliche Verordnung erfolglos. Bestimmte Anträge knüpften sich nicht an diesen Punkt der Tagesorbnung. Herrn Dr. Weis wurde vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung für sein eingehendes Referat ausgesprochen. Zum Zeichen desselben erhob sich die Versammlung von den Plätzen. — Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Frage über Verlegung des städtischen Schlachthofes. Hierüber berichtete Kaufmann **Geier**. Bei der Verlegung des Schlachthofes müsse man, wie Redner ausführt, darauf achten, daß der Schlachthof 1) ans Unterwasser kommt; 2) daß er an einer Uferseite erbaut wird, wo ausreichende, durch den natürlichen Lauf des Flußbettes geschaffene Stromtiefen vorhanden sind und gleichmäßiges Flußwasser sich erhält, damit auch bei kleinem Wasserstande die Abfälle baldigst fortgeführt werden; 3) daß solche Uferstellen vermieden werden, wodurch die örtliche Lage des Flußbettes Landanschwemmungen sich bilden müssen und wo dann die Abfälle bei kleinem Wasserstande liegen bleiben würden; 4) daß behufs Vermeidung von Zeit- und Geldverschwendung der Schlachthof möglichst nahe an die Stadt zu liegen kommt und 5) daß der Bau mit möglichst geringen Kosten ausgeführt werde. Es seien nun, wie Redner fortfährt, hauptsächlich 3 Projecte in Aussicht genommen: den Schlachthof 1) in der Nähe des Schlachtviehmarktes; 2) auf der sog. Zankholzwiese und 3) auf Kletschkauer Territorium zu errichten. Gegen das 1. Project spreche das sanitäre Interesse, dasselbe sei darum unmöglich. Das 2. Project verlege den Schlachthof allerdings ans Unterwasser. Aber für dieses Project seien die Stromverhältnisse zu ungünstig. Der linke Hauptoderstrom mache nämlich am westlichen Ende des Bürgerwerders eine Biegung nach Osten, wodurch der Hauptwasserstrom an die rechte Uferseite gedrängt und bis nahe an die Mündung der alten Oder erhalten werde. Die natürliche Folge davon sei, daß die concave rechte Oderseite Stromtiefen hat, während die convexe linke Seite seichtes Bett habe und Landablagerung zeige. Wollte man nun den Schlachthof hierher legen, so würden in Folge des fortwährenden Versandens kostspielige Baggerungen nöthig werden, da sonst die Abfälle des Schlachthofes liegen bleiben und die Gegend verpesten würden. Hierzu kommt noch, daß die Zankholzwiese, so weit sie städtisches Terrain ist, zur Anlage des Schlachthofes, zur Zu- und Abfuhr nicht ausreicht. Es müßte dort im Privatbesitz befindliches Terrain für theures Geld angekauft werden. Außerdem müßten ganz neue und sehr lange Straßen mit guter Pflasterung angelegt werden, was große Geldsummen verschlingen würde. Bei der großen Entfernung dieses Platzes von der Stadt würde, abgesehen vom Zeitaufwand bei großer Hitze, der lange Transport auch dem Fleische schaden. Das 3. Project dagegen, welches den Schlachthof auf Kletschkauer Terrain legen wolle, biete alle Vortheile: Lage am Unterwasser, günstige Stromverhältnisse, das Terrain sei durchweg städtisches Eigenthum, es dürfe hier kein Pfennig für anzukaufendes Terrain ausgegeben werden, da das städtische Terrain 80 Morgen groß sei, unmittelbare Nähe der Stadt, keine Neuanlage von Straßen und nur theilweise Pflasterung von den vorhandenen Straßen. Außerdem sei noch in Rücksicht zu ziehen, daß der Schlachthof in Verbinbung mit dem Oderhafen angelegt werden müsse. Und der Hafen könne nach allen maßgebenden Urtheilen eben wieder nur auf der rechten Oderseite angelegt werden. Aus allen diesen Gründen könne den städtischen Behörden nur empfohlen werden, den Schlachthof auf Kletschkauer Terrain zu legen. Schifferältester **Weigelt** bemerkt, daß noch ein 4. Project bestehe, nämlich den Schlachthof auf die Lazarethwiese zu legen. Er (Redner) müsse sich als Sachverständiger auch gegen dieses Project aussprechen. Der Vorsitzende erklärt, so sehr auch die Gründe des Referenten dafür sprächen, daß der Schlachthof nur auf das rechte Oderufer gelegt werden könne, so machten sich doch in bestimmten Kreisen Bestrebungen geltend, aus gewissen Gründen das linke Oderufer für den Schlachthof gewählt zu sehen. Er beantrage deshalb, an die städtischen Behörden eine eingehend motivirte Petition zu richten, den Schlachthof auf das rechte Oderufer zu legen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. — Bei Erledigung des Fragekastens entspann sich eine längere Debatte über den Stand der Wochenmarktfrage auf dem Sonnenplatze, von welchem der Heu- und Strohmarkt zum 1. Januar 1879 verlegt wird. Diese Frage wird den Verein noch in nächster Versammlung beschäftigen. Schluß der Versammlung 10¾ Uhr.

□ **Sprottau,** 12. Decbr. [Bauthätigkeit. — Gewerbeverein.] Auch in diesem Jahre ist hier eine sehr rege Bauthätigkeit entwickelt worden. Von Neubauten sind zu erwähnen das in der Glogauer Vorstadt gelegene Garnison-Lazareth, mehrere Wohnhänser in der Saganer Vorstadt, und ein noch im Bau begriffenes Wohnhaus auf der Mühlstraße. Der Bau, betreffend die Erweiterung und Vergrößerung des Krückeberg'schen Hotels, eine längst gefühlte Nothwendigkeit, kann keineswegs nur als ein Erweiterungsbau betrachtet, sondern muß als ein Neubau bezeichnet werden. Dieser Bau, welcher dem Marktplatze schon jetzt zur Zierde gereicht, ist auch nahezu vollendet. Nicht mindere Sorgfalt ist während des verflossenen Jahres auf das Anstreichen der Häuser verwendet worden, und zeichnen sich darin besonders die Glogauerstraße, die Jüdenstraße und die Neustraße aus. Einen besonders stattlichen Anblick gewährt das reich mit Ornamenten geschmückte Wohnhaus des Fabrikbesitzers Oppenheimer in der Mühlstraße. Einige Hausbesitzer in dieser Straße haben die hölzernen Zäune, welche ihre Grundstücke nach der Straße begrenzten, abbrechen und durch schön verzierte eiserne Zäune ersetzen lassen. Damit hat man auch schon auf der Wilhelmsstraße begonnen und soll nächstes Jahr — so verlautet — damit fortgefahren werden. Kurz und gut, Sprottau ist eifrig bemüht, sein altes, beengendes Gewand abzustreifen und sich im schönsten Schmucke zu zeigen. Für viele Pensionäre dürfte Sprottau als Wohnsitz nur empfohlen werden. Communalsteuer, welche in anderen Orten schon eine bedeutende Höhe erreicht hat, giebt es hier noch nicht, und wird, so sagte Herr Bürgermeister **Schenkemayer** in einer der letzten Stadtverdneten-Sitzungen, noch eine geraume Zeit vergehen, ehe dieselbe hier wird erhoben werden müssen. Für den Unterricht ist auch bestens gesorgt. Sprottau besitzt eine Realschule 1. Ordnung, die sich in weiten Kreisen eines sehr guten Rufes erfreut, den zu wahren und die Anstalt immer noch mehr zu heben das eifrigste Bestreben des an dieser Anstalt fungirenden Herrn Directors Dr. Simon und des mit ihm wirkenden Lehrer-Collegiums ist. Auch befindet sich hier eine höhere Privat-Töchterschule. — In der gestrigen Sitzung des Gewerbevereines hielt Herr Bauinspector Fabian einen Vortrag über „das elektrische Licht".

—r. **Namslau,** 13. Decbr. [Katholische Kirchenvorsteher. — Steuerfreie Legitimationspapiere. — Polnisches Pastorat. — Viehzählung.] Gelegentlich eines Specialfalles hat der Herr Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten sich über das Verfahren ausgesprochen, welches in den Fällen zu beobachten ist, wenn bei Ablauf der dreijährigen Wahlperiode — § 33, alin. 2 des Gesetzes vom 20. Juni 1875, betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchen-Gemeinden — eine Herabsetzung der bisherigen Mitgliederanzahl der Körperschaften in Gemäßheit des § 6 a. a. O. herbeigeführt werden soll. Es ist dann nicht die Hälfte der bisherigen Mitgliederzahl auszulosen, sondern es müssen nach Bestimmung des Looses so viel Mitglieder ausscheiden, daß nur noch die Hälfte derjenigen Anzahl im Amte verbleibt, welche die Körperschaften demnächst erreichen sollen, während die andere Hälfte durch Neuwahlen zu bestimmen ist. Soll also beispielsweise die bisherige Zahl der gewählten Kirchenvorsteher und Gemeinde-Vertreter von 8 und resp. 24 auf 6 und resp. 18 für die nächste Wahlperiode herabgesetzt werden, so sind nunmehr 5 Kirchenvorsteher und 15 Gemeinde-Vertreter auszulosen und an deren Stelle 3 Kirchenvorsteher und 9 Gemeindevertreter neu zu wählen. — Bei einer Vergleichung der Gesammtzahl der für das Jahr 1877 ausgefertigten und wirklich eingelösten Hausir-Gewerbescheine mit der Zahl der Befreiuung von der Hausir-Gewerbesteuer für das Jahr 1878 hat sich herausgestellt, daß im diesseitigen Regierungsbezirke auf 100 Gewerbescheine de 1877 etwa 2,4 Steuerbefreiungen für das Jahr 1878 entfallen, während diese Verhältnißzahl beispielsweise in den Regierungsbezirken Köln, Stettin, Magdeburg, Minden, Liegnitz und Posen sich nur auf etwa 0,05 bis 0,27 beläuft, und in den Regierungs-Bezirken Bromberg, Düsseldorf und Münster Anträge auf Ertheilung von steuerfreien Hausirgewerbescheinen für das Jahr 1878 überall nicht gestellt sind. Mit Rücksicht auf diese Ungleichmäßigkeit ist die Regierung zu Breslau vom Finanzministerium veranlaßt worden, unausgesetzt darauf zu halten, daß die Gesuche um Ertheilung von steuerfreien Gewerbescheinen von den Localbehörden stets genau geprüft und nur dann bewilligt werden, wenn sie sich als wirklich begründet erweisen, und nicht schon durch die gemäß der Bestimmung im § 9 Absatz 2 des Gesetzes vom 3. Juli 1876, betreffend die Besteuerung des Gewerbe-Betriebes im Umherziehen 2c., zulässige Ertheilung von Gewerbe-Scheinen zu ermäßigten Steuersätzen die obwaltenden Verhältnisse genügende Berücksichtigung finden können. — In das hiesige vacante polnische Pastorat hat sich nunmehr der Pastor Herr von Przybilski aus Droschkau, hiesigen Kreises, gemeldet und wird derselbe nächstens seine Präsentationspredigt halten. Herr von Przybilski war ehedem katholischer Priester und soll der deutschen Sprache nur sehr unvollkommen mächtig sein. — Nach der amtlichen Pferde- und Rindvieh-Zählungsliste zählt die Stadt Namslau mit beiden Vorstädten 172 Stück Pferde und 276 Stück Rindvieh.

—r. **Ujest,** 12. Decbr. [Schulfeier.] Aus Anlaß der vollständigen Genesung unserrs geliebten Kaisers und Königs veranstaltete Herr Rector **Gröger** in der Stadtschule Donnerstag, den 12., Morgens 8 Uhr, eine Feierlichkeit, bestehend in Dankgebet, Ansprache, Vortrag patriotischer Lieder und Gedichte. Ein weit schallendes freudiges „Hoch" aus den tief ergriffenen Kinderherzen, ausgebracht vom Rector, beschloß die schöne Feier.

Berlin, 13. Decbr. [Börse.] Aus Wien und London lagen schwächere Notirungen vor und gaben diese wohl hauptsächlich die Anregung dazu, daß das heutige Geschäft eine mattere Stimmung trug, da sonst unsere Börse trotz des so sehr eingeschränkten Verkehrs doch im Grundton eher zur Hausse sich hinneigt. In einzelnen Papieren schien indessen die Bewegung einen etwas selbstständigeren Charakter zu tragen, wenigstens versuchte man es, deren Coursrückgänge einigermaßen zu motiviren. So hieß es, daß Lombarden für Londoner Rechnung abgegeben würden und daß die weichende Notiz eine Folge hiervon sei. Auch Rumänier lagen sehr matt, da der Ankauf der Bahnen durch den rumänischen Staat sich nicht so glatt, wie man früher anzunehmen geneigt war, zu vollziehen droht. Ein ähnliches Verhältniß waltet in Bezug auf die Actien der Berlin-Stettiner Bahn ob, denn der Verstaatlichung dieser Bahnen schienen auch ganz unerwartete Schwierigkeiten entgegengestellt zu werden. Als Gegenstück zu diesen Rückgängen können wir auf die Courssteigerung hinweisen, die die Stammactien der Ostpreuß. Südbahn erfuhren. Ebenso wurden russ. Noten, die allerdings etwas schwächer einsetzten, lebhaft zu steigender Notiz gehandelt. Russische Werthe fanden überhaupt etwas mehr Beachtung und gewann namentlich das Geschäft in Orientanleihe erweiterte Dimensionen. Die internationalen Speculationspapiere wurden nur mäßig umgesetzt, konnten indeß ihre gestrigen Notirungen nicht voll behaupten. Oesterr. Creditactien gingen von diesen Werthen noch am regsten um, büßten aber einige Mark an der Notiz ein. Franzosen verhielten sich fester, da die heute publicirte Wocheneinnahme ein Plus von 50,000 Fl. aufweist. Oesterr. Nebenbahnen blieben sehr ruhig und änderten die Notirungen wenig. Nur für Turnau-Prag war die Nachfrage eine etwas lebhaftere. Die localen Speculationseffecten betheiligten sich sehr wenig am Verkehr. Es notirten Disconto-Comm. ult. 132,10—132,40—131,60. Auswärtige Staatsanleihen kamen durchweg etwas niedriger zur Notiz und wurden auch nur sehr wenig umgesetzt. Russ. Werthe gut behauptet. 5proc. Anleihe per ult. 82½—¼—½. Russ. Noten per ult. 197¾—8¼. (Vorpr. 199/1), per. Jan. 198½—199. (Vorpr. 201¼/2¼ per Feb. 202¾/3). Preußische und andere deutsche Staatspapiere fest, aber unbelebt. Eisenbahnprioritäten zum Theil belebter. Görlitzer C. lebhaft und anziehend. Oberschlesische 1873 4%ige und Köln-Mindener 4%ige Em. IV. beliebt. Auf dem Eisenbahnactienmarkte stagnirte der Verkehr fast vollständig. Potsdamer, Stettiner und Anhalter rückgängig, Rumänen schwach, Ostpr. Südbahn zog lebhaft an. Leichte Bahnen sonst vernachläßigt. Bankactien sehr still. Essener Credit höher. Kassenverein steigend. Braunschweiger Bank besser. Producten- und Handelsbank beliebt. Deutsche Hypothekenbank zog etwas an. Norddeutsche Grundcreditbank besser.

Um 2½ Uhr: Still. Credit 399,50, Lombarden 115,—, Franzosen 444, Reichsbank 154,60, Disconto-Commandit 132,—, Laurahütte 69,25, Türken 12,10, Italiener 74,20, Oesterreichische Goldrente 62,60, Ungarische do. 72,90, Oesterr. Silberrente 54,30, do. Papierrente 53,25, 5proc. Russen 82,50, Köln-Mindener 103,—, Rheinische 107,50, Bergische 76,50, Rumänen 34,30, Russ. Noten 198,25.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 173,75 bez., do. Eisenb.-Coup. 172,75 Br., do. Papier in Wien zahlb. min.

50 Pf. k. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,17 bez. pr. Jan., do. Prioritäten 4,16.75 bez. pr. Jan., do. Papier-Dollars 4,16 bez. pr. Jan., 6% New-York-City 4,16.75 bez. pr. Jan., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. 20,53 bez., Russ. Zoll 20,52 bez., 22er Russen —. —. Große Russ. Staatsbahn —, —., Russ. Boden-Credit 20,20 pr. Jan., Warschau-Wiener Comm. 20,12 pr. Jan., 8% Rumänische Staats-Anleihe —,—, Warschau-Terespol 20,17 bez., 3% und 5% Lombard min. 25 Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus 35 Pf., Brüssel. Verl. Lstr.-Obligat. 20,36 per Januar.

Berliner Börse vom 13. December 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00 bzG
Consolidirte Anleihe	4½	104,40 bzG
do. do. 1876	4	95,10 bzG
Staats-Anleihe	4	94,70 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,10 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	147,00 B
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,90 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,40 G
Pommersche	3½	84,20 bz
do.	4	94,50 G
do.	4½	102,20 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94,70 bzG
Schlesische	3½	86,40 G
Lndschaftl. Central	4	94,80 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95,90 B
Pommersche	4	95,80 B
Posensche	4	95,10 bz
Preussische	4	94,90 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,00 G
Sächsische	4	97,00 G
Schlesische	4	96,75 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,90 bz
Baierische 4% Anleihe	4	123,90 bz
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	115,40 bz
Sächs. Rente von 1876	3	72,80 B

Kurh. 40 Thaler-Loose 241,25 bz
Badische 35 Fl.-Loose 144,30 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 81,50 bzG
Oldenburger Loose 137,40 bz

Ducaten — —	Dollars 4,18 bzG
Sover. — —	Oest. Bkn. 173,40 bz
Napoleon — —	do. Silbergd — —
Imperials 16,67 G	Russ. Bkn. 197,60 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,90 G
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	95,00 bzG
do. do.	5	102,00 bzB
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	94,25 bzG
do. do. do.	5	100,30 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,00 G
Unkünd do. (1872)	5	101,50 bz
do. rückzb. à 110	5	106,20 bz
do. do. do.	4½	98,30 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	99,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord-G.C-B	5	95,00 bzG
do. do. Pfandbr.	5	92,25 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	95,50 bz
do. do. II. Em.	5	88,90 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,30 bz
do. do. II. Em.	5	103,75 bzG
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	96,20 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	90,40 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	106,60 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	94,90 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,00 bz
do. do.	4½	94,50 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,60 bzG
do. do. 4½%	4½	98,70 G

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.	4⅕	54,30 bzG
do. 1./4.1./10.)		54,30 bzG
do. Goldrente	4	62,80 bz
do. Papierrente	4⅕	53,30 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	— —
do. Lott.-Anl. v. 60	5	109,10 bz
do. Credit-Loose	fr.	303,75 bz
do. 64er Loose	fr.	— —
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	145,50 bz
do. do. 1866	5	143,10 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	73,00 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	74 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,50 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	60,60 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,80 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,70 G
do. do. 1885	6	99,40 G
do. 5% Anleihe	5	103,90 bz
Ital. 5% Anleihe	5	74,25 bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	— —
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	71,40 G
Rumänische Anleihe	8	101,50 bzG
Türkische Anleihe	fr.	12,10 bz
Ungar. Goldrente	6	72,90 bz
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	71,60 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 39,50 bzG
Türken-Loose 37,50 G

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100,30 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	85,00 B
do. do. VI.	4½	100,00 bzB
do. Hess. Nordbahn.	5	103,40 B
Berlin-Görlitz	5	101,60 G
do.	4½	— —
do. Lit. C.	4½	84,75 G
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	97,60 bz
do. Lit. E. F.	4½	97,60 bz
do. do. G.	4½	95,50 bzB
do. do. J.	4½	94,40 B
do. do. K.	4½	94,40 B
do. von 1876.	5	101,90 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	93 G
do. Lit. B.	4½	100 G
do. IV.	4	93,60 bz
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	4½	101,60 G
Hannover-Altenbeken.	4½	96,50 G
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	— —
do. do. II. Ser.	4	94 G
do. do. Obl. I. u. II.	4	97,00 B
do. do. III. Ser.	4	94,00 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	93 B
do. E.	3½	86,00 G
do. F.	4½	101,25 B
do. G.	4½	100,00 B
do. H.	4½	101,30 B
do. von 1869.	5	101,50 G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	100,00 G
do. Brieg-Neisse	4½	98,75 G
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	100,50 B
do. do. III. Em.	4½	100,50 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	99,50 G
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	100,25 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	100,25 G
Dux-Bodenbach	fr.	65,50 G
do. II. Emission	fr.	56,80 G
Prag-Dux	fr.	19,60 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	86,20 G
do. do. neue	5	85,50 G
Kaschau-Oderberg	5	59,30 bz
Ung. Nordostbahn	5	57,10 bzG
Ung. Ostbahn	5	54,20 bz
Lemberg-Czernowitz	5	66,00 G
do. do. II.	5	67,80 B
do. do. III.	5	62,30 bzG
do. do. IV.	5	56,00 bz
Mährische Grenzbahn	5	55,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	18,60 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,20 bzB
Oesterr.-Französische	3	339,80 bz
do. do. II.	3	327,00 bz
do. südl. Staatsbahn	3	238,40 bz
do. neue	3	238,30 G
do. Obligationen	5	82,90 G
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	83,25 bzG
Warschau-Wien II.	5	96,60 bz
do. III.	5	93,20 bz
do. IV.	5	83,50 B
do. V.	5	79,90 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	4	168,90 bz
do. do.	2 M.	4	167,85 bz
London 1 Lstr.	3 M.	5	20,25 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	80,95 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	196,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	197,50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	173,00 bz
do. do.	2 M.	4½	171,90 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1876	1877		
Aachen-Mastricht	1	½	4	12,75 bz
Berg.-Märkische	3¾	3 1/3	4	76,40 bz
Berlin-Anhalt	6	5¾	4	88,25 bz
Berlin-Dresden	0	0	4	7,50 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	10,25 bzG
Berlin-Hamburg	11	11½	4	196,00 bz
Berl.-Potsd.-Magdb	3½	3½	4	80,25 bz
Berlin-Stettin	8 9/10	7 1/10	4	95,00 bzG
Böhm. Westbahn	5	5	5	69,10 bz
Bresl.-Freib.	5	2½	4	63,50 bzG
Cöln-Minden	5¼	5 1/20	4	102,90 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	15,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	7	9 2/7	4	101,80 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	10,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	10,10 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	43,00 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	49,30 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	184,50 bz
Märk.-Posener	0	0	4	14,60 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	8	4	125,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	5	4	66,00 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96,75 B
Oberschl. A. C. D. E.	9 2/3	8½	3½	125,75 bz
do. B.	9 2/3	8½	3½	— —
Oesterr.-Fr. St.-B.	5 2/5	6	4	444,50-444
Oest. Nordwestb.	5	4,15	5	187,00 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	119-114,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	39,00 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6 2/5	6 1/3	4	105,80 G
Reichenberg-Pard.	4½	4	4½	35,50 bzG
Rheinische	7½	7	4	107,50 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	5,20 bzG
Rumän. Eisenbahn	1	2	4	34,30 bzG
Schweiz Westbahn	3/5	0	4	11,60 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	100,70 bz
Thüringer Lit. A.	9¼	7½	4	114,50 bz
Warschau-Wien.	6 2/3	5	4	177,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	18,50 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	28,50 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	22,50 bzG
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	37,50 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	22,90 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	17,25 G
Märkisch-Posener	3¾	4½	5	86,75 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	76,25 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	104,25 etbzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	88,60 bz
Rechte-O.-U.-E.	6 2/5	6 1/3	5	111,25 G
Rumänier	8	8	8	86,60 bz
Saal-Bahn	0	0	5	— —
Weimar-Gera	0	0	5	11 B

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	0	2	4	26,00 B
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	10 7/12	8 4/15	4	139,75 G
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	55,00 bz
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6½	6	4	865,00 bzG
Braunschw. Bank.	6	3	4	82,00 G
Bresl. Disc.-Bank.	4	3	4	66,30 B
Bresl. Wechslerb.	5 [illegible]	5 1/3	4	72,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	66,25 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	0	4	103 bzG
Darmst. Creditbk.	6	6¾	4	115,10 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5¾	4	100,50 G
Deutsche Bank	6	6	4	99,00 bzB
do. Reichsbank	6 1/8	6,29	4½	154,60 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	8	7½	4	85,00 bz
Disc.-Comm.-Anth.	4	5	4	132,00 bz
do. ult.	4	5	4	132,25-132,00
Genossensch.-Bnk.	5½	5½	4	90,50 G
do. junge	5½	5½	4	93,50 bz
Goth. Grundcredb.	8	8	4	97,50 bzG
do. junge	8	8	4	95,50 G
Hamb. Vereins-B.	10	10 5/9	4	— —
Hannov. Bank	5 14/15	6	4	103,25 bzG
Königsb. Ver.-Bnk.	5 1/8	6	4	— —
Lndw.-B. Kwilecki.	5½	0	4	52 G
Leipz. Cred.-Anst.	6	5 2/3	4	110,25 bz
Luxemburg. Bank	6	6½	4	106,00 B
Magdeburger do.	6	5 9/10	4	108,60 G
Meininger do.	2	2	4	75,40 bz
Nordd. Bank	8	8½	4	140 bzB
Nordd. Grundcr.-B.	8	5	4	48,00 bzG
Oberlausitzer Bk.	1 2/3	3	4	67,25 G
Oest. Cred.-Actien	1¼	8 1/8	4	400-½-99½
Posener Pro.-Bank	6½	6½	4	99,80 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	76,60 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,60 bzG
Sächs. Bank	8	5¾	4	103,25 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	86,25 bzG
Weimar. Bank	0	0	4	30,25 G
Wiener Unionsbk.	11 1/14	3½	4	120,00 G

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27 bz
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	12,50 bzG
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	20,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	fr.	105,50 G
Schl. Vereinsbank	0	—	fr.	62,00 G
Thüringer Bank	0	0	fr.	74,00 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	495 B
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	2,60 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	0	4	69,50 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	0	4	19,00 bz
Nordd. Gummifab.	5	4	4	46 G
Westend. Com.-G.	0	—	fr.	0,25 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12 4/5	8	4	85,30 bzG
Schles. Feuervers.	18	25	fr.	970 B
Donnersmarkhütt.	3	3	4	21,50 bz
Dortm. Union	0	0	4	6,25 G
do. abgest.	0	0	4	10,30 G
Königs- u. Laurah.	2	2	4	69,00 bzB
Lauchhammer	0	0	4	22,25 zz
Marienhütte	6	3	4	45,50 B
OSchl. Eisenwerke	0	—	4	— —
Cons. Redenhütte	—	—	4	74,50 B
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	6,50 G
Schl. Zinkh.-Actien	7	6½	4	74,75 bz
do. St.-Pr.-Act.	7	6½	4½	90,00 B
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	— —
Vorwärtshütte	0	0	4	— —
Baltischer Lloyd	—	—	fr.	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	2 2/3	1	4	52,00 bzB
do. ver. Oelfabr.	3 1/3	5	4	50,75 B
Erdm. Spinnerei	0	0	4	12,25 B
Görlitz. Eisenb.-B.	1¾	4	4	63 G
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	0	4	16,25 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	26,25 bzG
Schl. Leinenind.	5½	4	4	67,75 G
do. Porzellan	0	1½	4	30 G
Wilhelmsh. MA.	0	0	4	22,00 B

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Darmstadt, 13. Dec. Bulletin Abends 7 Uhr. Der Kräftezustand der Großherzogin hat sich im Laufe des Nachmittags erheblich verschlechtert.

Wien, 13. Dec. Meldungen der „Polit. Corresp." Aus Pest: Die Verhandlungen bezüglich der Domänenanleihe sind einem befriedigenden Abschlusse nahe, die Ratification wird Ende nächster Woche erwartet, wo der neue Finanzminister, Szapary, in Wien eintrifft, um mit der Creditanstaltsgruppe persönliche und officielle Fühlung zu nehmen. — Aus Konstantinopel von gestern: Es finden fortgesetzt Ministerberathungen statt, der Hat über die einzuführenden Reformen wird nächste Woche erwartet. Für die Berathungen der Fragen der auswärtigen Politik wird die Ankunft des neuen Ministers des Auswärtigen, Karatheodori Paschas, abgewartet; indeß hat der Ministerrath den Beschluß des früheren Cabinets, betreffend die Ernennung von Delegirten für die griechische Grenzregulirung genehmigt. In Bezug auf die mit Oesterreich und Rußland schwebenden Fragen bestehen noch erhebliche Schwierigkeiten. Der russische Botschafter, Fürst Lobanoff, hat die sofortige Räumung eines Theiles von Rumelien in Aussicht gestellt, sobald der Vertrag zwischen Rußland und der Türkei unterzeichnet worden sei.

Wien, 13. December. Einer Meldung der „Presse" und des „Fremdenblattes" zufolge wird der einjährige Meistbegünstigungs-Vertrag mit Deutschland am nächsten Mittwoch dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden und soll die Berathung desselben noch vor Weihnachten erledigt werden.

Pest, 13. Dec. Im Unterhaus legte der Finanzminister den Gesetzentwurf wegen Verkauf von 40 Millionen Fl. Goldrente behufs Rücklösung von Schatzbonds im Betrage von 21—22 Millionen vor.

Versailles, 13. Dec. Senat. Fortsetzung der Budgetberathung. Bocher kritisirt das Budget. Finanzminister Say erwidert, worauf die Generaldiscussion geschlossen wird.

Rom, 13. Dec. Gutem Vernehmen nach soll der Ministerrath mit 7 gegen 2 Stimmen die Auflösung der Deputirten-Kammer beschlossen haben, falls der König derselben zustimmt. Der Präsident des Senates, Tecchio, soll sich gleichfalls für die Idee der Auflösung, der Präsident der Deputirten-Kammer, Farini, gegen dieselbe ausgesprochen haben. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung getroffen worden, die parlamentarische Situation gilt als schwierig.

London, 13. Decbr. Ein eingegangenes officielles Telegramm bestätigt die Depesche aus Lahore, in welcher die in Dakka erfolgte Ankunft von Beamten und Notabeln aus Jellalabad gemeldet wurde, die den Engländern ihre Unterwerfung angezeigt und ihre Dienste angeboten haben. Das officielle Telegramm fügt hinzu, der Emir habe die Provinz Balkh um Hilfe angegangen und mache vergebliche Anstrengungen, die Bevölkerung zur Erhebung und zum Kampfe gegen die Engländer zu bewegen.

London, 13. Dec. Unterhaus. Northcote kündigt an, er werde demnächst einen Credit behufs Hilfeleistung für den Nothstand im Rhodope-Gebirge beantragen. Andersen kündigt an, er werde den Antrag angesichts des großen Nothstandes in England als unzweckmäßig bekämpfen. Bourke informirt Hay, er habe keine Nachricht von der Ankunft russischer Officiere in Persien. Hierauf wird die Debatte über das Tadelsvotum Whitbreads fortgesetzt.

Petersburg, 13. Decbr. Die Rückkehr der Kaiserin ist heute Nachmittag erfolgt; zu Ehren der Ankunft derselben ist die Stadt heute Abend festlich illuminirt.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(H. T. B.) **Paris**, 13. December, Abends. [Boulevard-Verkehr.] 3% amortisirbare Rente —, —, 3% Rente —, —, Anleihe von 1872 112, 88, Türken 11, 90, Spanier exter. —, —, do. intér. —, —, neue Egypter —, —, Chemins égyptiens —, —, Türkenloose —, —, Banque ottomane —, —, Italiener —, —, österr. Goldrente 62, 81, ungar. Goldrente —, —, 1877er Russen —. Fest.

Frankfurt a. M., 13. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 48. Pariser Wechsel 80, 95. Wiener Wechsel 173, 10. Böhmische Westbahn 138. Elisabethbahn 137¼. Galizier 203. Franzosen*) 221½. Lombarden*) 58¼. Nordwestbahn 94. Silberrente 54 5/16. Papierrente 53 5/16. Oesterr. Goldrente 62 11/16. Ungar. Goldrente 72 13/16. Italiener —. Russ. Bodencredit 72¾. Russen 1872 82⅛. Neue russ. Anleihe 82 11/16. Amerikaner 1885 99 5/16. 1860er Loose 109⅛. 1864er Loose 254, 00. Creditactien*) 198¼. Oest. National-Bank 681, 50. Darmstädter Bank 115 5/16. Meininger Bank 75⅝. Hess. Ludwigsbahn 66½. Ungarische Staatsloose 153, 00. do. Schatzanweisungen, alte —, —, do. Schatzanweisungen, neue 99⅜. do. Ostbahn-Obligationen II. 64. Central-Pacific 104. Reichsbank 154 9/16. Reichs-Anleihe 95⅛. Schwach.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 198½, Franzosen 221¼, Oesterr. Goldrente —, Ungarische Goldrente —, —. Galizier —, —, 1877er Russen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 13. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 54⅛, Oest. Goldrente 62¼, Ung. Goldrente 72¾, Creditactien 198¼, 1860er Loose 109½, Franzosen 552, Lombarden 144, Ital. Rente 74⅛, Neueste Russen 82½, Vereinsbank 120, Laurahütte 69¼, Commerzbank 101¼, Norddeutsche 139⅛, Anglo-deutsche 30, Int. Bank 82⅝, Amerik. de 1885 98, Köln-Minden. St.-A. 103¼, Rhein. Eisenb. do. 107¾, Bergisch-Märkische do. 76⅝, Disconto 3½ pCt. — Schluß matt, nur Russen fest.

Silber in Barren per 500 Gr. fein Mk. 75, 25, Br., 74, 25 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 27 Br., 20, 21 Gd., London kurz 20, 53 Br., 20 43 Gd., Amsterdam 167 40 Br., 166, 80 Gd., Wien 171, 25 Br., 169, 25 Gd., Paris 80 45 Br., 80, 05 Gd., Petersburger Wechsel 197, 50 Br., 193, 50 Gd.

Hamburg, 13. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine matt. — Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen per December-Januar 173 Br., 172 Gd., per April-Mai 179 Br., 178 Gd. Roggen per Dec.-Jan. 120 Br., 119 Gd., per April-Mai 122 Br., 121 Gd. Hafer still. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 59, per Mai 58½. Spiritus ruhig, per December 44¼ Br., per Februar-März 43½ Br., per April-Mai 43½ Br., per Mai-Juni 43½ Br. Kaffee flau, Umsatz 1500 Sack. Petroleum flau, Standard white loco 8, 80 Br., 8, 60 Gd., per December 8, 60 Gd., per Januar-März 9, 10 Gd. — Wetter: Frost.

Liverpool, 13. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 7000 B. davon 2000 B. amerikanische.

Liverpool, 13. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 10,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2500 Ballen. Matt. Amerikanische am Platze 1/16 D. niedriger.

Petersburg, 13. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 Monate 23 13/32, do. Hamburg 3 M. 199½, do. Amsterdam 3 M. 118½, do. Paris 3 M. 245⅝, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 237½, do. de 1866 (gest.) 232½, Russ. Anleihe de 1873 —, ½-Impérials 8, 47. Große Russische Eisenbahnen 249½, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 120¼. Privatdiscont 4½ %.

Petersburg, 13. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 56, 50. Weizen loco 13, 50. Roggen loco 7, 75. Hafer loco 5, 00. Hanf loco —, —. Leinsaat (9 Pud) loco 14, 00. — Wetter: Milde.

Pest, 13. Decbr., Vormittags 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco schwach, Termine matt, per Frühjahr 8, 65 Gd., 8, 70 Br., Hafer per Frühjahr 5, 87 Gd., 5, 90 Br. Mais (Banat) per Frühjahr 4, 92 Gd., 4, 95 Br. — Wetter: Prachtvoll, Eisgang.

Paris, 13. Decbr., Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per December 27, 00, pr. Januar-Februar 27, 00, per März-April 27, 50, März-Juni 27, 50. Mehl fest, per December 59, 50, per Januar-Februar 59, 75, per März-April 60, 50, per März-Juni 60, 75. Rüböl behauptet, per December 84, 50, per Januar 84, 50, per Januar-April 84, 75, per Mai-August 85, 00. Spiritus ruhig, per Decbr. 62, 00, per Januar-April 60, 25. — Wetter: Bedeckter Himmel.

Paris, 13. Decbr., Nachm. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Decbr. pr. 100 Kilgr. 50, 50, Nr. 5 7/8 pr. December per 100 Klgr. 56, 50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 per 100 Kilogr. per December 59, 75, per Januar 60, 00, per Januar-April 60, 75.

Antwerpen, 13. Decbr., Nachmittags. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer vernachlässigt. Gerste flau.

Antwerpen, 13. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 22¼ bez. u. Br., per Januar 22¼ Br., per Februar 22¼ Br., per März 22¼ Br. — Ruhig.

Bremen, 13. Decbr., Nachm. Petroleum schwach. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 55, per Januar 8, 55, per Februar 8, 70, per März-April 8, 85.

Berlin, 13. Decbr. [Producten-Bericht.] Der Himmel ist bedeckt, die Luft weniger kalt als in den letzten Tagen. Fortdauernd ist der Terminhandel in Roggen überaus schwach, die Preise behaupten sich gleichwohl ohne Schwierigkeit, so daß man die Haltung als leidlich fest zu bezeichnen wohl berechtigt ist. Loco ist in kleineren Posten heute mehreres umgesetzt, wobei Eigner unveränderte Preise erzielten. — Roggenmehl preishaltend. — Weizen unbelebt, aber doch fest im Werthe. Verkäufer sind zur Zeit sehr spärlich vertreten, man begegnet eher einem Reflectanten. — Hafer loco im Allgemeinen matt. Termine geschäftslos. — Rüböl in beschränktem Verkehr. Preise konnten sich nicht behaupten. Die Kündigungen drücken. Petroleum matt. — Spiritus etwas reichlicher angeboten, ist zu ein wenig ermäßigten Forderungen leidlich rege umgesetzt worden.

Spiritus loco ohne Faß 52,7 M. bez., per December 52,5—52,3 M. bez., per December-Januar 52—51,8 M. bez., per Januar-Februar 52—51,8 M. bez., per April-Mai 53,2—53—53,1 M. bez., per Mai-Juni 53,4—53,2 bis 53,3 M. bez., per Juni-Juli 54—54,1 M. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 14. Dec., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen etwas fester, bei schwächerem Angebot Preise gut preishaltend.

Weizen, zu notirten Preisen gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer neuer weißer 13,30—15,70—17,00 Mark, neuer gelber 13,00—15,40 bis 16,40 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 10,60 bis 11,60 bis 12,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. neue 12,30 bis 13,30 Mark, weiße 14,00—14,60 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 9,80—10,30—11,00 bis 12,10 Mark.

Mais in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 10,80—11,60—12,00 Mark.

Erbsen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 12,80—13,80—16 Mark, Victoria- 17—18—19,50 Mark.

Bohnen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. gelbe 8,00—8,20—8,50 Mark, blaue 8,00—8,10—8,40 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,40—11,00—11,60 Mark.

Oelsaaten mehr Kauflust.

Schlaglein unverändert.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	24	—	21	—	19	—
Winterraps	23	75	20	50	18	—
Winterrübsen	23	—	20	—	18	—
Sommerrübsen	23	—	20	—	18	—
Leindotter	20	—	19	—	17	—

Rapskuchen schwach gefragt, pr. 50 Kilogr. 6,30—6,60 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 8,10—8,50 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother ruhig, pr. 50 Kilogr. 35—39—43 Mark, — weißer unverändert, pr. 50 Kilogr. 42—55—63 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 15—18—19 Mark.

Mehl mehr Frage, — pr. 100 Kilogr. Weizen fein 24,75—26,75 Mark, Roggen fein 18,25—19,25 Mark, Hausbacken 18,00—18,50 Mark, Roggen-Futtermehl 8—9 Mark, Weizenkleie 6,25—7,25 Mark.

Heu 2,80—3,00 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 18,00—20,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Dec. 13., 14.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 0°,1	— 5°,2	— 8°,1
Luftdruck bei 0°	329''',72	329''',94	329''',77
Dunstdruck	1''',92	1''',15	0''',78
Dunstsättigung	96 pCt.	94 pCt.	85 pCt.
Wind	SW. 0.	S. 1.	SO. 1.
Wetter	trübe.	heiter.	bedeckt.

Breslau, 14. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 26 Cm. U.-P. — M. 12 Cm. Eisstand.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.